

Landesverband

**SPD**

**Niedersachsen**

SPD Landesverband Niedersachsen  
Odeonstraße 15/16  
30159 Hannover  
Telefon (05 11) 1674-0  
(05 11) 1674-212  
Telefax (05 11) 1674-211  
E-Mail [spd-niedersachsen@spd.de](mailto:spd-niedersachsen@spd.de)  
Internet [www.spdnds.de](http://www.spdnds.de)

# Zukunft der Bildung

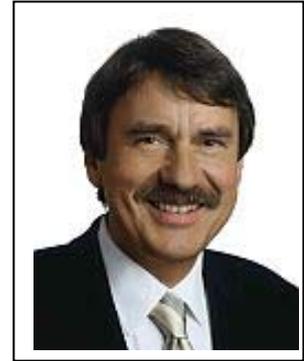
Sozialdemokratische Perspektiven  
zur Bildungspolitik in Niedersachsen

Beschluss des SPD-Landesvorstandes  
03. Februar 2006

**Auf Basis der Vorlage der Projektgruppe „Zukunft der Bildung“  
des SPD-Landesvorstandes Niedersachsen  
verantwortlich: Wolfgang Wulf, MdL,  
Vorsitzender der Projektgruppe**

## 1 Vorwort von Garrelt Duin und Wolfgang Jüttner

3 „Eene meene muh und raus bist du“ –  
 5 dieser Abzählreim, den viele noch aus ihrer  
 7 Kindheit kennen, mag im Vorwort des  
 9 Bildungsprogrammes einer politischen  
 11 Partei seltsam anmuten. Er hat jedoch  
 13 vielfältige Bezüge zu unserem Schul- und  
 15 Bildungssystem.



17  
 19 Er beschreibt das Gefühl, dass viele Kinder  
 21 am Ende ihrer Grundschulzeit beschleicht,  
 23 wenn sie erleben, wie Klassenkameraden  
 25 und Klassenkameradinnen stolz auf das  
 26 Gymnasium wechseln, während sie „nur“ zur Hauptschule gehen. Er wird zur Gewissheit,  
 27 wenn sie sich mit ihrem Hauptschulabschluss auf die Suche nach einer Lehrstelle machen.  
 28 Er spiegelt jedoch auch das Gefühl der Kinder auf dem Gymnasium wider, die dort an den  
 29 Anforderungen scheitern und die „zurück müssen“ auf die Real- oder Hauptschule. Seit den  
 30 vergleichenden PISA-Studien ist er aber auch eine treffende Beschreibung für Mängel unse-  
 31 res Bildungssystems. Deutschland droht im Vergleich mit der Leistungsfähigkeit der Schule  
 32 anderer Industriestaaten ebenfalls ein „Raus bist du“. Es ist raus aus der Spitzengruppe und  
 33 – zumindest wenn wir nicht Reformen einleiten – auch raus aus dem globalen Abzählspiel  
 34 um einen Spitzenplatz im Zukunftswettbewerb der führenden Industriestandorte. Nicht nur  
 35 unsere Kinder gehören dann zu den Verlierern, sondern unser ganzes Land.

36  
 37 Deshalb müssen wir schnell reagieren. Die bisher eingeleiteten Reformen reichen bei weitem  
 38 nicht aus. Viele weisen in die richtige Richtung, gehen aber nicht weit genug. Andere hinge-  
 39 gen gehen völlig in eine falsche Richtung. Dazu gehört unserer Auffassung nach das frühe  
 40 Sortieren der Kinder bereits nach dem vierten Schuljahr, weil es von einem falschen Ver-  
 41 ständnis der Lernentwicklung ausgeht. Kinder lassen sich nicht über „einen Leisten“ schla-  
 42 gen und in Schubladen sortieren, schon gar nicht, wenn es um die Herausbildung ihrer  
 43 Leistungsfähigkeit geht.

44  
 45 Wir wollen deshalb an die Stelle des Sortierens ein anderes Prinzip setzen. Wir wollen die  
 46 Kinder so lange es geht fördern und wir wollen sie so oft es geht auch fordern. Und dies darf  
 47 nicht erst in der Grundschule beginnen und dann für viele in einer Sackgasse enden. Beides  
 48 muss bereits in einem früheren Alter einsetzen und über die gesamte Schulzeit gehen.

49  
 50 Dies mag für viele zu sehr nach Leistungsanspruch und Reduzierung von Schule auf bloßes  
 51 Pauken klingen – so ist es nicht gemeint. Nötig haben unsere Schulen nämlich auch andere  
 52 Formen des Lernens. Formen, die die Lust am Lernen fördern. Der Auftrag des Bildungs-  
 53 systems ist nicht nur Lernen. Es muss auch die Lust am Lernen wecken. Der griechische  
 54 Dichter Aristophanes hat dies von 2000 Jahren treffend beschrieben: „Menschen bilden be-  
 55 deutet nicht, ein Gefäß zu füllen, sondern ein Feuer zu entfachen.“

56  
 57 Mit dem vorliegendem Programm „Zukunft der Bildung“ haben wir dafür Vorschläge  
 58 entwickelt, die wir in Niedersachsen zur Diskussion stellen wollen.

59

*Garrelt Duin*

*Wolfgang Jüttner*

60  
 61 Garrelt Duin, MdB  
 62 SPD-Landesvorsitzender

Wolfgang Jüttner, MdL  
 Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion

## Vorbemerkung von Wolfgang Wulf



Die niedersächsische SPD legt mit diesem Papier ein umfassendes Konzept zur Bildungspolitik in unserem Bundesland aus sozialdemokratischer Sicht vor. Es ist das Ergebnis der Arbeit der **Projektgruppe „Zukunft der Bildung“**, die der SPD-Landesvorstand Niedersachsen auf Vorschlag seines damaligen Vorsitzenden Wolfgang Jüttner im Herbst 2004 eingesetzt hatte und deren Leitung mir übertragen wurde.

Wir wollen dieses Konzept in den nächsten Monaten intensiv mit der Öffentlichkeit diskutieren, die Ergebnisse dieses Dialogs aufnehmen und werden dann das so ergänzte Konzept auf einem Landesparteitag beschließen.

Bildung ist für uns eine ganz zentrale Aufgabe. Die SPD empfindet sich als die Bildungspartei Deutschlands. Wir sind stolz darauf, maßgebliche Impulse für die Entwicklung der Bildungslandschaft in Deutschland geliefert zu haben. Dies gilt ganz besonders auch für Niedersachsen. Hier sind in den 70er Jahren in unserer Regierungszeit neue Universitäten entstanden, die sich sehr schnell einen guten Ruf erwarben und heute als mittelgroße Hochschulen auch international anerkannt sind. Hier wurden erste Integrierte Gesamtschulen gegründet und das berufliche Schulwesen neu strukturiert. Und hier wurde die Orientierungsstufe flächendeckend eingeführt. Ziel war, alle Jugendlichen in ihrer Besonderheit abzuholen und ihnen den jeweils optimalen weiteren Schulweg zu ermöglichen. Mit der Orientierungsstufe konnten Bildungsreserven mobilisiert und in der Konsequenz die Abiturquote deutlich angehoben werden. Aber genau die Diskussion um die Orientierungsstufe hat die niedersächsische SPD vor der letzten Landtagswahl in ein Dilemma gebracht.

Seiner Zeit wurde nach langen und strittigen Diskussionen in der Führung der Partei und der Landtagsfraktion die Schulform „Förderstufe“ entwickelt, die die Orientierungsstufe ersetzen sollte. Viele – auch in der Partei – waren der Ansicht, dass dieses Modell nicht sozialdemokratischen Vorstellungen zur Bildungspolitik entsprach. Die Folgen der schulpolitischen Debatte waren für die niedersächsische SPD fatal. Die Landtagswahl ging verloren. Die Ursachen lagen zwar wesentlich daran, dass der bundespolitische Trend sich in jener Zeit massiv gegen die SPD insgesamt gewandt hatte, die schulpolitische Diskussion hat der SPD in Niedersachsen aber sicher noch einige weitere Prozente gekostet.

CDU und FDP gewannen die Wahl und holten für Niedersachsen das Schulmodell der 50er Jahre aus der Mottenkiste. Innerhalb kürzester Zeit schafften sie die Orientierungsstufe ab und führten ein knallhartes dreigliedriges Schulsystem ein.

Mit diesen neuen Gegebenheiten nach der Wahl war die SPD konfrontiert. Klar war sehr schnell, dass ohne eigenes neues schulpolitisches Konzept die Auseinandersetzung mit der Landesregierung auf Dauer nicht zu führen war. **Nur reine Kritik ohne eigene Alternativen ist keine glaubwür-**

112 **dige und überzeugende Politik. Daher war eine völlige Neukonzeption**  
 113 **der bildungspolitischen Position der niedersächsischen SPD in allen**  
 114 **Bereichen der Bildungspolitik notwendig.** Es stellte sich damit an die  
 115 Landesorganisation die Anforderung, ein neues bildungspolitisches Kon-  
 116 zept vorzulegen. Deswegen wurde im Herbst 2004 die Projektgruppe „Zu-  
 117 kunft der Bildung“ beim SPD-Landesvorstand unter meiner Leitung gebil-  
 118 det.

119 Aufgabe war, die sich nach der Landtagswahl in der niedersächsischen  
 120 SPD entwickelnden Diskussionsansätze zur Bildungspolitik aufzunehmen,  
 121 zu bündeln und zu einem geschlossenen Ganzen zusammen zu fügen.  
 122 Hierbei sollten auch die Ergebnisse der internationalen Studien zur Bil-  
 123 dungssituation in Deutschland zu Grunde gelegt werden, genauso auch  
 124 die bundesweiten fachwissenschaftlichen Diskussionen.

125 Entscheidend war aber auch, dass dies als ein Prozess organisiert war,  
 126 der alle Beteiligten mitnehmen sollte, der von „unten“ nach „oben“ zu lau-  
 127 fen und der auch durch den Stil der Diskussion Glaubwürdigkeit zu vermit-  
 128 teln hatte. Ich bin der Überzeugung, dass die Projektgruppe dies im letzten  
 129 Jahr hervorragend geleistet hat.

130 Die Ergebnisse der internationalen Schuluntersuchungen wie PISA (Pro-  
 131 gramme for International Student Assessment) oder TIMMS (für den na-  
 132 turwissenschaftlichen und mathematischen Bereich) und bestätigt durch  
 133 den neuesten PISA-Bericht aus dem Jahr 2005 ergeben, dass Deutsch-  
 134 land – und auch das innerdeutsche Siegerland Bayern – den Anschluss an  
 135 den internationalen Standard, trotz zum Teil durchaus vorhandener guter  
 136 Einzelergebnisse, immer noch nicht gefunden hat. Und in Bayern ist es  
 137 dabei geblieben, dass dort die soziale Herkunft immer stärker noch als in  
 138 den anderen Bundesländern über die Nutzung von Bildungschancen ent-  
 139 scheidet. Dort gibt es nach wie vor die schärfste Auslese und die größten  
 140 sozialen Benachteiligungen.

141 Vor diesem Hintergrund ist es unserer Auffassung nach umso mehr Auf-  
 142 gabe, **sozialdemokratische Ziele zu betonen:**

- 143 • **möglichst allen Menschen den Zugang zu Bildung zu ermögli-**  
 144 **chen,**
- 145 • **eine wirkliche Chancengleichheit durch optimale Bedingungen**  
 146 **herzustellen**
- 147 • **und vor allem die Förderung der individuellen Persönlichkeit in**  
 148 **den Mittelpunkt zu stellen.**

149 Diese Zielsetzungen sind Leitmotiv der niedersächsischen SPD. Entspre-  
 150 chend legen wir das Ergebnis unserer Diskussion mit diesem Konzept vor.

151 Basis unseres neuen Konzepts ist die Arbeit der Projektgruppe „Zukunft  
 152 der Bildung“. Die Projektgruppe wurde mit Vertretern der niedersächsi-  
 153 schen SPD-Bezirke und von Arbeitsgemeinschaften auf Landesebene be-  
 154 setzt. Außer den 13 Mitgliedern der Projektgruppe haben an den mehr als  
 155 einjährigen Diskussionen auch die Bildungspolitikerinnen und -politiker der  
 156 Landtagsfraktion teilgenommen. Es ist zu dem gelungen, in der Projekt-  
 157 gruppe und den dazu eingerichteten Arbeitsgruppen der Projektgruppe  
 158 mehr als 100 aktive Bildungspraktikerinnen und -praktiker sowie haupt-

159 und ehrenamtliche Kommunalpolitikerinnen und -politiker der SPD aus  
160 ganz Niedersachsen zu beteiligen, die alle ihren Teil zu dem nunmehr vor-  
161 liegenden Gesamtergebnis beigetragen haben.

162 Eingeflossen in diesen Text sind nicht nur die Diskussionsergebnisse der  
163 Projektgruppe und ihrer Arbeitsgruppen, sondern auch die Ergebnisse der  
164 Diskussionen in der Koordinierungsgruppe der sozialdemokratischen Ar-  
165beitsgemeinschaft für Bildung (AfB) („Sozialdemokratische Bildungspolitik  
166 in Niedersachsen“) aus dem Sommer 2005. Ebenfalls wurden die Diskus-  
167sionen einer Reihe von Veranstaltungen, die die Friedrich-Ebert-Stiftung  
168 zum gleichen Thema durchgeführt hat, berücksichtigt. Darüber hinaus sind  
169 auch Texte aus der aktuellen Diskussion der SPD-Landtagsfraktion oder  
170 von SPD-Untergliederungen aus den letzten Monaten eingearbeitet wor-  
171 den.

172 Auf einer ganzen Reihe von Tagungen und Klausursitzungen haben die  
173 Projektgruppe und deren Arbeitsgruppen eine sehr intensive und qualitäts-  
174volle Diskussion zur Bildungspolitik entwickelt. Es wurde ein erster Entwurf  
175 fertig gestellt, der im November 2005 von der Projektgruppe einstimmig  
176 verabschiedet und dem Landesvorstand der niedersächsischen SPD vorge-  
177legt worden ist. Der Landesvorstand hat diesen Entwurf auf drei Sitzun-  
178gen diskutiert und seine Beratungsergebnisse durch eine Redaktionsgrup-  
179pe in das Papier einfließen lassen. Auf seiner Sitzung am 3. Februar 2006  
180 hat der SPD-Landesvorstand dieses Papier dann in der vorliegenden Form  
181 verabschiedet.

182 Die hier vorliegende Langfassung ist für die tiefer gehende inhaltliche  
183 Sachdiskussion gedacht. Die wesentlichen Aussagen sind jedoch auch in  
184 einer Kurzfassung zusammengefasst worden, mit der die politische Dis-  
185 kussion in den nächsten Wochen und Monaten gesucht wird.

186 Wir erheben nicht den Anspruch auf Vollständigkeit und sind uns auch be-  
187wusst, dass an der einen oder anderen Stelle zu wenig Konkretes oder  
188vielleicht auch Widersprüchliches formuliert worden ist. Dies kann bei die-  
189sem umfangreichen Vorhaben nicht auszuschließen sein. Es handelt sich  
190 um ein Zwischenergebnis, das einen vorläufigen Diskussionstand wider-  
191 spiegelt.

192 Die niedersächsische SPD wird jetzt die Diskussion in der Öffentlichkeit  
193 führen. In diesem Jahr wollen wir in einer Reihe von öffentlichen Foren die  
194 verschiedenen Komplexe mit Schülerinnen und Schülern, mit Studieren-  
195den, mit Eltern, Lehrkräften, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus der Pra-  
196xis, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus allen bildungspoliti-  
197schen Bereichen, den Gewerkschaften, Arbeitgebern und Verbänden, den  
198 Medien und Fachwissenschaftlern erörtern. Aufgrund dieser Erörterungen  
199 und der parteiinternen Meinungsbildung wird dieses Konzept sicher noch  
200 Veränderungen erfahren.

201 **Dieses Konzept wird noch im Jahr 2006 einem außerordentlichen**  
202 **Landesparteitag zur Verabschiedung vorgelegt werden. Damit wird**  
203 **dann die bildungspolitische Grundlage für unser Regierungspro-**  
204 **gramm für die Landtagwahl 2008 gelegt sein.**

205 Unser Dank geht an alle, die zu diesem Papier beigetragen haben. Neben  
206 den Mitgliedern der Projektgruppe und ihren Arbeitsgruppen ist insbeson-

207 dere hier die AfB-Koordinierungsgruppe Niedersachsen unter Führung von  
208 Jutta Liebetruth, die Friedrich-Ebert-Stiftung Niedersachsen unter Leitung  
209 von Renate Jürgens-Pieper, die AG Kindertagesstätten beim SPD-  
210 Landesvorstand und die abschließende Redaktionsgruppe aus Lars Kling-  
211 beil, Cornelius Schley und Thilo Scholz zu nennen. Ein ganz besonderer  
212 Dank gilt aber vor allem Frank Wilhelmy, dem Landesgeschäftsführer der  
213 SPD Niedersachsen, dessen Zuarbeit und guter Rat uns sehr geholfen hat.

214 Für mich war die Arbeit an diesem Konzept mit allen beteiligten Menschen  
215 ein positives, nachhaltiges und motivierendes Erlebnis, so wie es nicht  
216 immer in der politischen Arbeit erfahrbar ist. **Insgesamt gesehen kann mit**  
217 **Fug und Recht gesagt werden, dass es der SPD in Niedersachsen ge-**  
218 **lungen ist, ein in sich stimmiges Konzept für den gesamten Bil-**  
219 **dungsbereich von der frühkindlichen und vorschulischen Erziehung**  
220 **über Schule, Berufsbildung und Hochschule bis hin zur Erwachse-**  
221 **nen- und Seniorenbildung vorzulegen, das in einem demokratisch or-**  
222 **ganisierten Diskussionsprozess entstanden ist.**

223 Die niedersächsische SPD kann auf dieses Ergebnis stolz sein und hat  
224 damit bewiesen, dass die SPD auch und gerade in Niedersachsen **die** Bil-  
225 dungspartei ist.

226

227

228

229

230

231

232

233

234



**Wolfgang Wulf, MdL**  
Leiter der Projektgruppe,  
Bildungspolitischer Sprecher  
der niedersächsischen SPD

## Inhaltsverzeichnis:

1.	Bildung hat in Niedersachsen Zukunft – mit der SPD	8
1.1	CDU-Bildungspolitik – eine Bestandsaufnahme	8
1.2	Unsere Grundsätze	10
1.3.	Unsere Ziele	11
1.4	Unser Weg	16
2.	Frühkindliche und vorschulische Betreuung und Bildung	17
2.1	Eltern als „erste Experten“	17
2.2	Kinderkrippen für Kinder unter 3 Jahren	18
2.3	Kindertagesstätten für alle Kinder	18
2.4	Der Übergang zur Grundschule	19
2.5	Vernetzung durch Familienzentren „Sicherer Start ins Leben“	20
2.6	Reform der Erzieherinnen- und Erzieherausbildung	22
2.7	Qualitätssicherung	23
2.8	Sprachförderung	23
3.	Grundschule	25
3.1	Veränderter Unterricht	25
3.2	Veränderte Schulorganisation	26
4.	„Gemeinsame Schule“ (Sekundarstufe I)	27
4.1	Grundprinzipien der „Gemeinsamen Schule“	27
4.2	Organisationsprinzipien der „Gemeinsamen Schule“	28
4.3	Die „Gemeinsame Schule“ in der demokratischen Gesellschaft, in der Region und in der internationalen Gemeinschaft	32
5.	Der Weg zur „Gemeinsamen Schule“	34
5.1	Überzeugen und Mitnehmen	34
5.2	Die Schritte der Reform	35
5.3.	Die „Gemeinsame Schule“ als „Kommunale Schule“	37
6.	Sekundarstufe II – Gymnasiale Oberstufe	39
7.	Ausbau und Erweiterung der beruflichen Bildung	41
7.1	Flexible und innovative Konzepte für das Lernen für Morgen	41
8.	Reform der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung	44
8.1	Kriterien einer reformierten Ausbildung der Lehrkräfte	44
8.2	Erste Schritte für die Reform	45
9.	Hochschulen: Fortschritt und Innovation für das 21. Jahrhundert	47
9.1	Herausforderungen für den Hochschul- und Wissensstandort Niedersachsen – unsere Antworten	48
10.	Erwachsenen- und Weiterbildung	51
10.1	Notwendige Veränderungen im System der Erwachsenenbildung	51
10.2	Anforderungen an die niedersächsische Erwachsenenbildung	52
11.	Seniorinnen- und Seniorenbildung	53
12.	Bildungsschema	54
13.	Benannte, kooptierte und weitere Mitglieder der Projektgruppe	55

## 1. Bildung hat in Niedersachsen Zukunft – mit der SPD

Die SPD ist die Bildungspartei in Deutschland und in Niedersachsen. Dies haben wir in unserer Regierungszeit bis 2003 mit Impulsen für die Entwicklung der Bildungslandschaft in unserem Land bewiesen: Die Erneuerung bei den Grundschulen, die Einführung von Gesamtschulen, die Neuorientierung der beruflichen Bildung, die Öffnung der Hochschulen, die Gründungen von Universitäten und der Ausbau der Fachhochschulen sind Beispiele dafür.

Darauf sind wir stolz. Bis 2003 haben wir viel erreicht. – Aber längst nicht alles:

- Bei Kinderkrippen und Kindergärten sind wir erste Schritte zur finanziellen Entlastung von Familien gegangen, haben dies aber nicht weiter geführt.
- Wir haben Gesamtschulen initiiert, aber das Konzept nicht überall konsequent umgesetzt.
- Wir haben eine höhere Abiturquote erreicht, aber nicht verhindern können, dass in Niedersachsen jedes Jahr zwischen 7 und 10 Prozent der Schulabgängerinnen und -abgänger ohne Abschluss bleiben.
- Wir haben die Studierendenzahlen erhöht, aber eine hinreichende Ausstattung unserer Hochschulen nicht gewährleistet.
- Vor allem ist es uns nicht gelungen, alle Schülerinnen und Schüler so zu fördern, dass sie unabhängig von ihrer sozialen Herkunft ihr Leistungsvermögen voll entfalten konnten. Dies zeigen die Ergebnisse der letzten PISA-Studie.

### 1.1 **CDU-Bildungspolitik – eine Bestandsaufnahme**

Seit der Regierungsübernahme durch die CDU und die FDP hat sich die Bildungslandschaft in Niedersachsen zurückentwickelt.

Als Erstes wurde das dreigliedrige Schulsystem eingeführt. Alle Kinder werden bereits nach der vierten Klasse auf Hauptschule, Realschule und Gymnasium aufgeteilt. Die CDU nennt dies „begabungsgerecht“. Sie leugnet dabei, dass Kinder zwar unterschiedliche Lernpotenziale haben, sich diese aber erst durch eine individuelle Förderung entfalten können – und umgekehrt ohne Förderung eben nicht ausgeschöpft werden. Eine frühe Trennung von Kindern bereits im zehnten Lebensjahr behindert eine intensive individuelle Förderung.

Die Eltern in Niedersachsen haben dies erkannt. Immer mehr von ihnen schicken ihre Kinder auf das Gymnasium und erhoffen sich dadurch eine bessere Förderung für ihr Kind. Der Trend ist eindeutig: Bis 41 Prozent wechseln bereits auf ein Gymnasium, in den großen Städten sogar über 50 Prozent. Bis zu 16,5 Prozent wechseln noch zur Hauptschule und 36,5 Prozent zur Realschule. Dabei gibt es allerdings ein hohes Stadt-Land-Gefälle. In ländlichen Regionen wechseln aufgrund weiter Anfahrtswege zu den Gymnasien mehr Kinder (bis zu 26 Prozent) auf näher gelegene Haupt- und Realschulen. Diese Kinder haben nicht weniger intellektuelle Fähigkeiten, sie haben nur schlechtere Chancen für einen Gymnasialbesuch. – Aber auch für die Kinder, die ein Gymnasium besuchen, verschlechtern sich die Chancen, weil diese Schulen auf den großen Ansturm nicht vorbereitet sind. Übervolle Klassen mit teilweise mehr als 32 Kindern, weniger individuelle

285 Förderung und im schlimmsten Fall eine Abschulung auf die Realschule o-  
 286 der die Hauptschule sind die Folgen.

287 Als Alternative weichen immer mehr Eltern auf die Gesamtschulen aus. In-  
 288 zwischen wechseln – dort wo ein solches Angebot besteht – zwischen 15  
 289 und 23 Prozent aller Kinder nach der vierten Grundschulklasse auf eine IGS  
 290 oder KGS. Viele müssen abgewiesen werden, weil nicht genügend Plätze  
 291 zur Verfügung stehen. Gerade diese Schulform wird von der Landesregie-  
 292 rung aber massiv benachteiligt. Neue Gesamtschulen dürfen nicht gegründet  
 293 werden und die Bestehenden verlieren bis zu 15 Prozent ihrer Lehrerstunden.  
 294

295  
 296 Die Folge: Immer mehr Kinder erhalten eine immer schlechtere Förderung  
 297 und können ihre Potenziale nicht ausschöpfen. Hinzu kommt, dass sich in al-  
 298 len Schulformen die Rahmenbedingungen für eine gute Förderung ver-  
 299 schlechtern haben.

- 300 • Die Unterrichtsversorgung sinkt. Die Einführung des dreigliedrigen  
 301 Schulsystems hat schon 1.161 Lehrerstellen gekostet. Hinzu kommen  
 302 1.400 weg gesparte Stellen. Damit sind die 2.500 Neueinstellungen aus  
 303 dem Jahr 2003 längst aufgebraucht. Obwohl die CDU-Regierung dies  
 304 durch einen neuen Erlass zur Unterrichtsversorgung zu verschleiern ver-  
 305 sucht, gibt es an den Schulen heute weniger Unterricht als vor 2003.  
 306 Schulleitungen und Lehrkräfte sind darüber verärgert. Die Unterrichtsaus-  
 307 fälle häufen sich, das zeigen die ständig wachsenden Elternproteste.
- 308 • Das von der SPD eingeführte Modell der Ganztagschulen wird jetzt von  
 309 der Landesregierung nur noch als „Light-Version“ weitergeführt. Unter  
 310 der CDU-Regierung erhalten die neu genehmigten Schulen weder zu-  
 311 sätzliche Lehrerstunden noch ein Budget zur sinnvollen pädagogischen  
 312 Gestaltung des Unterrichts am Nachmittag. Die Chancen zusätzlicher in-  
 313 dividueller Förderung von lernstarken und lernschwachen Schülerinnen  
 314 und Schülern werden verspielt.
- 315 • Die Lernmittelfreiheit wurde abgeschafft, der muttersprachliche Unterricht  
 316 um 13 Prozent reduziert und die Hausaufgabenhilfe gestrichen.

317  
 318 Auch bei der für die Entwicklung der Kinder wichtigen frühen Förderung ver-  
 319 sagt die CDU-Landesregierung. In den westlichen Bundesländern gibt es nur  
 320 für 2,7 Prozent aller Kinder unter drei Jahren einen Krippenplatz, in Nieder-  
 321 sachsen sind es noch weniger. Hier fehlen allein 1.000 Plätze, um überhaupt  
 322 diesen schon niedrigen Wert zu erreichen. Nur für 5.332 Kinder von den hier  
 323 lebenden 230.000 Kleinkindern gibt es einen Krippenplatz. Unser Land ist  
 324 auch bei der Versorgung mit Kindergartenplätzen das Schlusslicht in  
 325 Deutschland. Fast 4 Prozentpunkte fehlen uns gegenüber der Versorgung  
 326 im Bundesschnitt (89,8 %).

327 Gespart wird aber nicht nur bei Bildungschancen der Kleinen. Auch unsere  
 328 Hochschulen müssen tiefe Einschnitte hinnehmen. Sie haben mittlerweile  
 329 260 Millionen Euro weniger in den Kassen. Gleichzeitig werden die Studie-  
 330 renden mit 500 Euro Studiengebühren pro Semester belastet. Mit diesem  
 331 Geld von 100 Mio. Euro jährlich sollen sie einen Teil der Kürzungen ausglei-  
 332 chen.

333 Diese Bildungspolitik verkürzt nicht nur die Bildungsinteressen aller Schüle-  
 334 rinnen und Schüler, sie verspielt auch die Zukunft des Landes. Die SPD hat  
 335 deshalb einen umfassenden Gegenentwurf entwickelt, der das Prinzip der

336 individuellen umfassenden „Förderung und Forderung“ in den Mittelpunkt  
337 stellt. Ausgehend von den Ergebnissen der internationalen Untersuchungen  
338 zum Bildungsniveau einzelner Staaten (PISA u. a.) und unter Berücksichti-  
339 gung der neueren pädagogischen Diskussion haben wir unser Konzept „Zu-  
340 kunft der Bildung“ entwickelt. Dabei haben wir aus unseren Fehlern der Ver-  
341 gangenheit gelernt.

342 Wir wollen nach der Landtagswahl im Jahr 2008 wieder die Regierung des  
343 Landes Niedersachsen stellen. Mit unserem Programm „Zukunft der Bildung“  
344 beschreiben wir die Schritte, die wir bis zum Jahr 2018 umsetzen wollen, um  
345 Niedersachsen zu einem herausragenden Bildungsland innerhalb Deutsch-  
346 lands und Europas zu entwickeln.

347

## 348 **1.2 Unsere Grundsätze**

349 Der Mensch ist von Natur aus neugierig und will lernen. Dies gilt vor allem  
350 für Kinder und Jugendliche. In der sich ständig und immer schneller verän-  
351 dernden Lebens- und Arbeitswelt müssen Menschen aber auch **das „Ler-  
352 nen lernen“**. **Bildungspolitik ist deshalb heute mehr als die Organisati-  
353 on der Wissensvermittlung**. Ein modernes Bildungssystem muss dies be-  
354 rücksichtigen und Angebote organisieren, die über das bloße Aneignen von  
355 Wissen hinausgehen, die persönlichkeitsformend sind und die Fähigkeit zur  
356 Selbstbildung bei den Menschen ausbilden.

357 Bildungsangebote müssen auch auf die Entwicklung der Persönlichkeit, auf  
358 **Mitwirkungsmöglichkeiten in der Gesellschaft** und auf umfassende Be-  
359 schäftigungsfähigkeit zielen. Bildung zielt im umfassenden Sinn auf ein Le-  
360 ben in einer menschenwürdigen Gesellschaft. Bildung ist kein statischer  
361 Begriff, sondern muss dynamisch verstanden werden, sie entwickelt sich  
362 stets neu. Sie ist Voraussetzung zur aktiven Teilhabe am materiellen und  
363 kulturellen Reichtum und sozialer Verpflichtung. Politik hat die Aufgabe, den  
364 Menschen optimale Bedingungen zum Erwerb einer solchen Bildung zu  
365 schaffen. Für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist Bildung daher  
366 ein wichtiger Teil unserer Politik, denn eine demokratische Gesellschaft ist  
367 auf sich bildende und mündige Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Inklus-  
368 sion von Menschen mit Behinderungen und Integration von Menschen mit  
369 Migrationshintergrund ist dabei selbstverständlich.

370 Eine wesentliche Erkenntnis der internationalen Untersuchungen zum Bil-  
371 dungsniveau an deutschen Schulen ist, dass die soziale Herkunft wesentlich  
372 die Bildungschancen bestimmt. Bildung ist von der sozialen Herkunft abhän-  
373 gig. Die Studien haben gezeigt, dass trotz der erheblichen Bildungsexpansi-  
374 on der 60er und 70er Jahre in Deutschland der Zusammenhang zwischen  
375 sozialer Stellung der Eltern und Bildungserfolg besonders eng ist. Kinder von  
376 Ärzten haben danach bei gleichen Leistungen viermal so viele Chancen, ein  
377 Abitur zu bekommen wie ein Arbeiterkind. Dies gilt es abzubauen, denn wir  
378 wollen die beste Bildung für alle. **Chancengleichheit** ist deshalb eine  
379 sozialdemokratische Kernbotschaft. Wir dürfen nicht tatenlos zusehen, wenn  
380 große Teile unserer Bevölkerung von Chancengleichheit ausgeschlossen  
381 sind.

382 Das Ziel der Chancengleichheit ist **keine Bildungsnivellierung**. Chancen-  
383 gleichheit bedeutet, jedem die Möglichkeiten zu geben, mit gleichen Chan-  
384 cen seinem Potenzial entsprechend Bildung zu erlangen. Dies gilt für alle  
385 Kinder, für Lernstarke und für Lernschwache. Das mit dem Gedanken der  
386 Chancengleichheit verbundene Prinzip des **Ausgleichs von Lernschwä-**

387 **chen durch Fördern** ist eng verbunden mit dem **Prinzip des Forderns von**  
 388 **Lernstarken**, damit diese ihre Fähigkeiten voll herausbilden können.  
 389 **Bildung** muss deshalb **ganzheitlich** angelegt sein. Die Förderung der  
 390 sprachlichen, motorischen, musisch-künstlerischen, sozialen und kognitiven  
 391 Fähigkeiten muss gleichwertig und gleichgewichtig stattfinden.  
 392 In Niedersachsen ist weder das Prinzip des „Förderns und Forderns“, noch  
 393 der ganzheitlichen Bildung gewährleistet. Beides ist jedoch notwendig, damit  
 394 unsere Kinder und Jugendlichen ihre **individuellen Chancen** optimal nutzen  
 395 können. Erst daraus erwachsen persönliche Lern- und Leistungsbereitschaft  
 396 als Grundlage für den weiteren schulischen und beruflichen Werdegang zu  
 397 einem optimalen Bildungsstand. Ein hohes Bildungsniveau möglichst vieler  
 398 Menschen ist wiederum die Voraussetzung für die optimale Entwicklung ei-  
 399 ner **sozialen Gesellschaft**. Zugleich wird der **Wirtschaftsstandort Nieder-**  
 400 **sachsen gestärkt**, der ohne ein hohes Qualifikationsniveau und der Innova-  
 401 tionskraft seiner Menschen im nationalen und internationalen Wettbewerb  
 402 nicht bestehen wird.

403

### 404 **1.3 Unsere Ziele**

405 Aus diesen Grundsätzen ergeben sich die Ziele für das zukünftige bildungs-  
 406 politische Konzept der SPD in Niedersachsen.

407

408 **Bildung beginnt im Elternhaus.** Wer starke Kinder haben möchte, muss  
 409 die Eltern stark machen. Die Förderung in der frühen Kindheit bestimmt den  
 410 späteren Erfolg beim Lernen entscheidend mit. Dies gilt für die Lesekompe-  
 411 tenz, die Lernfähigkeit und die Sozialkompetenz. Deshalb muss ein größeres  
 412 Gewicht auf die frühkindliche Förderung gelegt werden. In den Gemeinden  
 413 ist deshalb ein wohnortnahes Netz von Einrichtungen vorzuhalten, in denen  
 414 unterstützende – nicht bevormundende – Erziehungsberatung angeboten  
 415 wird.

416 Dazu werden wir die vorhandenen Erziehungs- und Beratungsangebote mit  
 417 kompetentem Fachpersonal weiter entwickeln und ausbauen. Kostenfreiheit  
 418 dieser Angebote ist wichtig – gerade für einkommensschwächere Familien.  
 419 Bildungspolitik ist auch Sozialpolitik.

420

421 **Frühkindliche und vorschulische Betreuung und Bildung in Krippen**  
 422 **und Kindergärten** hat neben den Eltern einen wichtigen Anteil an Bildung  
 423 und Erziehung der Kinder.

424 Durch ein ausreichendes und flächendeckendes **Krippenplatzangebot**, er-  
 425 gänzt um das Modell der Tagesmütter – mit öffentlicher Unterstützung – wol-  
 426 len wir deshalb eine hinreichende Versorgung zur Bildung und Betreuung für  
 427 die ersten Lebensjahre sicherstellen.

428 Spätestens mit Vollendung des dritten Lebensjahres wird die frühkindliche  
 429 Bildung in den **Kindergärten** fortgesetzt. Verbunden damit sind die Stärkung  
 430 des Bildungsauftrages der Kitas sowie die Verbesserung der Qualifizierung  
 431 der Beschäftigten, um eine effektive individuelle Förderung zu gewährleis-  
 432 ten.

433 Wir wollen, dass möglichst alle Kinder – gerade die aus einkommensschwa-  
 434 chen Familien und Familien mit Migrationshintergrund – diese Einrichtungen  
 435 besuchen. Ihr Besuch soll darum schrittweise kostenfrei gestaltet werden.

436 Der Ausbau dieser Einrichtungen ist zugleich ein wichtiger Baustein zur  
 437 besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie und damit für die Gleichstel-

438 lung der Geschlechter. Sobald die Kinder fünf Jahre alt sind, sollen die El-  
439 tern dazu motiviert werden, dass ihre Kinder aus der Kindertagesstätte in die  
440 **jahrgangsübergreifende offene Eingangsstufe** der Grundschule wech-  
441 seln. Die Unterrichtsorganisation der Grundschulen wird reformiert, hin zu  
442 mehr selbstständigem und fächerübergreifendem Lernen und Projektgrup-  
443 penarbeit.

444  
445 Fast alle Länder Europas praktizieren inzwischen **die gemeinsame Be-**  
446 **schulung aller Kinder von der Grundschule bis einschließlich der Se-**  
447 **kundarstufe I**; in Niedersachsen wird dies von der CDU/FDP-Regierung  
448 verhindert. Hier wird nach dem 4. Schuljahr eine Trennung vorgenommen.  
449 Nach der Pisa-Studie 2003 ist dies eines der Hemmnisse bei der Bega-  
450 bungsförderung und führt zu ungleicher Verteilung nach sozialer Herkunft.  
451 Nur etwa jeder vierte Gymnasialschüler erreicht die 10. Klasse ohne Wie-  
452 derholen oder eine Abschlusung. Einmal abgestuft – oder von Beginn an auf  
453 einer Schulstufe unterhalb des Gymnasiums eingestuft – ist es kaum mög-  
454 lich, den Sprung auf eine höhere Schulform zu bewältigen. Hauptschüler und  
455 -schülerinnen werden so bereits im Kindesalter als die großen Verlierer ab-  
456 gestempelt. Für sie wird es immer schwerer, einen Ausbildungsplatz zu be-  
457 kommen.

458 Hinzu kommt: Die Persönlichkeitsentwicklung der Kinder ist mit Ende des 4.  
459 Schuljahres noch nicht beendet. Bei vielen setzt die Entwicklung später ein.  
460 Jungen z. B. erleben einen viel späteren Reifeprozess als Mädchen. Die in-  
461 dividuelle Entwicklung vollzieht sich nicht schematisch, sie ist abhängig von  
462 den Veranlagungen, dem Elternhaus, der Umwelt. Weist man die Kinder  
463 nach dem 4. Schuljahr schon den einzelnen Schulformen zu, nimmt man ih-  
464 nen Chancen.

465  
466 Auch gesamtgesellschaftlich wirkt sich das aktuelle Schulsystem in Nieder-  
467 sachsen fatal aus, weil vorhandene Bildungsreserven nicht genutzt werden.  
468 Deutschland insgesamt kann beim Festhalten an dieser starren Aufteilung in  
469 drei Schulsysteme das europäische Spitzenniveau nicht erreichen. Die Be-  
470 gabungsreserven einer postindustriellen Gesellschaft sind aber die Basis je-  
471 den Fortschritts. Kein Kind darf verloren gehen. Dies ist im Interesse der  
472 Gesellschaft.

473  
474 Mit kleinen Reparaturen am bestehenden Schulsystem ist diese Entwicklung  
475 nicht zu korrigieren. Entscheidend ist ein Umdenken in der Schulpolitik. Im  
476 Mittelpunkt aller Überlegungen und Maßnahmen dürfen nicht Schulformen,  
477 stehen, sondern die **Verbesserung der individuellen Förderung aller**  
478 **Kinder**. Nicht Schulformen sind zu fördern, sondern Schülerinnen und Schü-  
479 ler.

480 Dabei zeigt sich jedoch, dass bei allen Maßnahmen, die dafür ergriffen wer-  
481 den müssen, das dreigliedrige Schulsystem an seine Grenzen stößt. Die  
482 Möglichkeiten des Wechsels in höhere Schulen sind, selbst bei verbesserter  
483 Förderung sehr schwierig. Wer eine Schule schaffen will, in der jedes Kind  
484 seinen Möglichkeiten und Fähigkeiten entsprechend ohne schematische und  
485 bürokratische Barrieren gefördert und gefordert wird, der muss diese Barrie-  
486 ren beseitigen. Eine höhere Bildungsbeteiligung ist letztendlich nur ohne die  
487 Grenzen eines dreigliedrigen Schulsystems zu erreichen.

488 Unser Ziel ist deshalb **mittelfristig eine gemeinsame und in sich differen-**  
489 **zierte Beschulung bis zum Ende der Sekundarstufe I**, damit die Entwick-  
490 lungspotenziale aller Schülerinnen und Schüler chancengleich entfaltet wer-  
491 den können. Nur „**eine Schule für alle Kinder**“ wird diesen **Herausforde-**  
492 **rungen gerecht. Gemeinsames Lernen und individuelle Förderung ste-**  
493 **hen dabei in engem Zusammenhang. Das Prinzip der individuellen För-**  
494 **derung ist das Grundprinzip dieser Schule.** Alle Schülerinnen und Schü-  
495 ler werden nach ihren individuellen Möglichkeiten beraten und aufgrund ei-  
496 ner regelmäßigen Diagnose der Lernfortschritte gefordert und gefördert.  
497 Damit wird zugleich die Freude am Lernen verbessert. Lernfreunde darf  
498 nicht durch Missachtung, Beschämung, Unter- oder Überforderung zerstört  
499 werden.

500  
501 In der „**Gemeinsamen Schule**“ werden alle Kinder und Jugendliche bis  
502 zum ersten schulischen Abschluss in der Sekundarstufe I gemeinsam unter-  
503 richtet. Dieses schließt **Schülerinnen und Schüler mit speziellem Förder-**  
504 **bedarf** ein. Kinder mit Behinderungen haben einen Anspruch auf gleichbe-  
505 rechtigte gesellschaftliche Teilhabe, gehören von Anfang in der Schule dazu  
506 und erhalten die ihnen gemäße Förderung und Forderung. Ein besonderes  
507 Augenmerk werden wir außerdem auf Kinder mit Migrationshintergrund le-  
508 gen. Kinder ohne Beeinträchtigung lernen, ihre Altersgenossen, die anders  
509 sind, zu akzeptieren und von und mit ihnen zu lernen.

510 Das Bildungswesen wird durch ein zusammenwachsendes Europa internati-  
511 onalisiert. Der **Erwerb interkultureller Kompetenzen** muss im Hinblick auf  
512 die anzustrebende Chancengleichheit unserer Schülerinnen und Schüler bei  
513 der späteren Teilnahme am Wettbewerb auf dem EU-Arbeitsmarkt ein fester  
514 Bestandteil des Lehr- und Lernprozesses in der Sekundarstufe I sein.

515 Zur Leistung gehört aber auch Kontrolle. Deswegen werden vom Land im  
516 **Unterricht zu erreichende Mindeststandards** formuliert und die Ergebnis-  
517 se regelmäßig überprüft. Die Schulen sind zur ständigen **Qualitätskontrolle**  
518 über ihre Qualitätsentwicklung, ihre innerschulische Differenzierung, ihre  
519 Schulprogrammentwicklung, ihre Kooperation und ihre Netzwerkbildung ver-  
520 pflichtet.

521 In dieser Schule werden alle Klassen ohne Verzögerung durchlaufen. Das  
522 „**Sitzen bleiben**“ kann **entfallen**, weil in dem jeweiligen **individuellen För-**  
523 **derplan** auftretende Defizite bei Einzelnen durch entsprechende Förder-  
524 maßnahmen sofort ausgeglichen werden können. An die Stelle des Sit-  
525 zenbleibens treten Fördermaßnahmen. Dies spart auch Geld. Die ca. 20.000  
526 „Sitzenbleiber“ verursachen geschätzte Kosten von ca. 70 Mio. €.

527  
528 **Ganztagschulen** verbinden eine noch **effektivere Förderung** aller Kinder  
529 mit **Familienpolitik**. Sie ermöglichen durch das Betreuungsangebot für die  
530 Eltern eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Ganztagschu-  
531 len sind Lern- und Lebensraum für alle an der Schule Tätigen und verfügen  
532 über eine entsprechende räumliche, sächliche und personelle Ausstattung.  
533 Sie erfordern aber eine Veränderung der Organisation des Lehr- und Lern-  
534 prozesses. Eine einfache Verlängerung des Schultages in den Nachmittag  
535 reicht nicht aus. Individuelle Förderung im sinnvollen Wechsel von gemein-  
536 samem Unterricht braucht Raum und Zeit. Das Lernen kann in einer Ganz-  
537 tagsschule sinnvoll rhythmisiert werden. Diese individuelle Förderung und  
538 Forderung wird verbunden mit der Freude am entdeckenden Lernen.

539 In der pädagogischen Arbeit wirken unterschiedliche berufliche Kompeten-  
540 zen zum Wohle von Kindern und Jugendlichen zusammen (z. B. Schulpsy-  
541 chologen, Sozialpädagogen). Schule ist Teil der örtlichen Lebenswelt.

542

543 An die Sekundarstufe I muss sich eine **modernisierte Sekundarstufe II mit**  
544 **einem differenzierten beruflichen und allgemein bildenden Oberstufen-**  
545 **angeboten** anschließen, die mit Zugangsberechtigungen zu Hochschulen  
546 und Fachhochschulen bzw. beruflichen Abschlüssen abgeschlossen werden  
547 kann.

548 Derzeit herrscht in Niedersachsen in der Organisation der gymnasialen O-  
549 berstufe viel Unklarheit: Gymnasien und Gymnasialzweige der KGS führen  
550 nach 12 Jahren zum Abitur, IGS und Fachgymnasien erst nach 13 Jahren.  
551 An Gymnasien ist die Belastung mit bis zu 34 Wochenstunden dadurch so  
552 hoch, dass oft eine ganztägige Beschulung nötig ist, allerdings ohne die  
553 Rhythmisierung einer Ganztagschule. – In der gymnasialen Oberstufe wird  
554 die vom Schulgesetz garantierte persönliche Schwerpunktsetzung durch die  
555 Kursregelung stark eingeschränkt. Dies muss verändert werden.

556 Wir halten zwar am Abitur nach 12 Jahren fest, wollen aber, dass die Schul-  
557 laufbahn nach der Sekundarstufe I auf zwei Wegen fortgesetzt werden kann:  
558 entweder durch die Entscheidung zur Berufsausbildung oder mit der Fortset-  
559 zung der Schulzeit in einem Gymnasium oder einem gymnasialen Zweig  
560 zum Erreichen des Abiturs. Ein qualifizierter Abschluss in der beruflichen  
561 Ausbildung muss den Zugang zu einer wissenschaftlichen Ausbildung er-  
562 möglichen.

563 Wir wollen die Hinführung der Schülerinnen und Schüler in der gymnasialen  
564 Oberstufe zum forschenden und eigenständigen Lernen. Sie sollen für eine  
565 hochwertige berufliche Ausbildung bzw. das Studium qualifiziert werden.  
566 Hierzu erhalten sie eigene Profilmöglichkeiten.

567

568 **Die berufliche Bildung muss modernisiert und ausgebaut werden.** Die  
569 Berufsbildenden Schulen übernehmen heute schon durch ein vielfältiges  
570 Vollzeitangebot einen **wichtigen Bildungsauftrag in den Regionen** und  
571 ermöglichen vielen Jugendlichen eine Weiterqualifizierung. Diese Funktion  
572 muss mangels Ausbildungsplätzen erhalten und verbessert werden.

573 Wir wollen alle Berufsbildenden Schulen zu **regionalen Kompetenzzentren**  
574 weiterentwickeln. Die positiv evaluierten Ansätze des **Schulversuchs Pro-**  
575 **ReKo** werden auf alle berufsbildenden Schulen übertragen. Sicher zu stellen  
576 ist dabei die Garantie der Mitwirkung aller Beteiligten an der Gestaltung die-  
577 ser modernen Kompetenzzentren.

578 Wir wollen die Fachschullandschaft an berufsbildenden Schulen sichern und  
579 ausbauen und eine enge Zusammenarbeit mit den allgemein bildenden  
580 Schulen entwickeln. Hierbei streben wir eine **deutliche Steigerung der**  
581 **mittleren Abschlüsse und der Hochschulzugangsberechtigungen** an –  
582 insbesondere über berufliche Ausbildungsgänge. Das Ziel ist der Anschluss  
583 an die Abschlussquoten der europäischen Spitzenländer.

584 Der wachsende Wandel in der Arbeitswelt erhebt immer komplexere An-  
585 sprüche. Die Länder und Sozialpartner müssen dafür neue Konzepte entwi-  
586 ckeln. Insbesondere für lernschwache Jugendliche müssen ganz gezielte  
587 Berufsbilder im Sinne „theoriegeminderter“ Angebote mit einem hohen Pra-  
588 xisanteil in enger Kooperation mit den Kammern entwickelt werden. Dies si-

589 chert, dass die Absolventen einer solchen Ausbildung auch Arbeitsplätze  
590 und eine hinreichende Entlohnung erhalten.

591  
592 Die **Ausbildung für Lehrerinnen und Lehrer** wird weiter reformiert und auf  
593 die Anforderungen des intensiven Forderns und Förderns sowie der Ge-  
594 meinsamen Schule“ ausgerichtet. Die „gute Schule“ verlangt eine Ausbil-  
595 dung, die pädagogisch ausgereifte Lehrkräfte ausbildet, die fachwissen-  
596 schaftlich auf hohem Niveau stehen und wissen, wie sie die Kinder individu-  
597 ell fördern können.

598 Auf der Basis der jetzt eingeführten Bachelor- und Masterstudiengänge wird  
599 deshalb eine integrierte Lehrerausbildung entwickelt. Lehrerinnen und  
600 Lehrer müssen befähigt werden, flexibel an verschiedenen Schulformen zu  
601 unterrichten. Dies gilt nicht nur vor dem Hintergrund der zurückgehenden  
602 Schülerzahlen gerade im ländlichen Raum mit dem davon ausgehenden  
603 Zwang zur engeren Zusammenarbeit zwischen den Schulen, sondern auch  
604 wegen der angestrebten „Gemeinsamen Schule“.

605 Die Schule mit ihrer immer heterogener werdenden Schülerschaft ist eine  
606 besondere Herausforderung und bedarf neuer Konzepte, neuer Vermitt-  
607 lungsformen im Studium und entsprechend hoher Praxisanteile. Es muss  
608 deshalb sichergestellt werden, dass zwischen verschiedenen Phasen der  
609 Lehrerinnen- und Lehrerausbildung eine intensive Zusammenarbeit und ein  
610 Austausch stattfinden, damit eine Lehramtsausbildung aus „einem Guss“ re-  
611 alisiert werden kann.

612  
613 **Hochschulausbildung, Wissenschaft und Forschung** haben eine hohe  
614 Bedeutung für die Lebenschancen der Menschen und die Zukunftsfähigkeit  
615 unserer Gesellschaft. Sie werden immer wichtigere Faktoren für die Siche-  
616 rung des Wohlstandes und der Bewältigung des wirtschaftlichen und gesell-  
617 schaftlichen Wandels in sozialer und ökologischer Verantwortung.

618 Bei den Ausgaben für **Forschung, Wissenschaft und Bildung** und bei der  
619 Studierquote bildet Deutschland im Vergleich der Industriestaaten das  
620 Schlusslicht. Wir müssen deshalb mehr tun, um die „Produktivkraft“ Wissen  
621 für gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt zu nutzen. Deshalb  
622 werden wir mehr investieren, um **die Universitäten, Fachhochschulen und**  
623 **Berufsakademien** zu stärken.

624  
625 Die moderne Gesellschaft ist durch „lebenslanges Lernen“ gekennzeichnet.  
626 Fortbildung und Wiedereingliederung gewinnen auf allen Ebenen an Bedeu-  
627 tung. Hierzu leisten die **Einrichtungen der Erwachsenen- und Weiterbil-**  
628 **dung** einen unverzichtbaren Beitrag, der auch im öffentlichen Interesse liegt.  
629 Deswegen wollen wir Erwachsenen- und Weiterbildung stärken. Wir werden  
630 dabei den Schwerpunkt vor allem auf die Bildungsbereiche legen, die im In-  
631 teresse der Gesellschaft sind und dem Gemeinwohl dienen.

632 Wir leben in einer Gesellschaft, in der der Anteil der älteren Menschen deut-  
633 lich zunimmt. Sie sind geistig rege, lebens- und wissenshungrig. Die **Senio-**  
634 **rinnen- und Seniorenbildung** erhält in diesem Zusammenhang eine be-  
635 sondere Bedeutung. Diese wollen wir weiterentwickeln und ausbauen. Viele  
636 ältere Menschen können und wollen sich in die Gemeinschaft einbringen.  
637 Dies werden wir unterstützen.

638  
639

640  
641  
642  
643  
644  
645  
646  
647  
648  
649  
650  
651  
652  
653  
654  
655  
656  
657  
658  
659  
660  
661  
662  
663  
664  
665  
666  
667  
668  
669  
670  
671  
672  
673  
674  
675

#### **1.4 Unser Weg**

Die oben umrissenen Ziele werden auf den folgenden Seiten im Detail genauer beschrieben. Wir werden ab dem Jahr 2008 beginnen sie umzusetzen. Bis zum Jahr 2018 wollen wir sie erreicht haben. Wir sind davon überzeugt, dass wir so das Bildungssystem für Niedersachsen und für die hier lebenden Menschen entscheidend verbessern.

**Veränderungen für die Menschen können aber nicht erreicht werden ohne die Menschen.** Deshalb werden wir darüber mit allen Beteiligten diskutieren: mit der Öffentlichkeit und der Fachöffentlichkeit, mit Verbänden, mit Gewerkschaften, mit der Wirtschaft, dem Handwerk und dem Handel, mit den Schulträgern, mit den Schülerinnen und Schülern und deren Eltern und Großeltern, mit den Studierenden und nicht zuletzt mit den Schulen. Sie alle wollen wir überzeugen: bildungspolitische Veränderungen – auch einschneidende Veränderungen – sind dringend notwendig, wenn Niedersachsen und seine Kinder und Jugendlichen bildungspolitisch nicht abgehängt werden sollen.

Wir wollen überzeugen und nicht verordnen. Deshalb reicht der Dialog nicht aus. **Überall dort, wo es nach unserer Überzeugung zu einschneidenden Änderungen kommen muss – z. B. durch die „Gemeinsame Schule“ – werden wir unsere Vorstellungen nur mit und nicht gegen die unmittelbar Beteiligten (Träger und Nutzer) umsetzen.** Wir wollen sie zu überzeugten Mitgestaltern des Veränderungsprozesses machen.

Wir wissen, dass wir eine finanzpolitische Verantwortung für die zukünftigen Generationen haben. **Deshalb werden wir unsere Reformen nach einem Stufenplan zwischen 2008 und 2018 seriös finanzieren.** Dazu gehört für uns auch das Prinzip: „Wer bestellt, muss auch bezahlen“. Für uns gilt: Bei allen Mehrkosten, die den kommunalen Trägern entstehen, ist das **Konnexitätsprinzip** strikt einzuhalten.

Für die Finanzierung setzen wir auch auf die Politik der Großen Koalition auf Bundesebene. Die dem Land dadurch ab 2007 zur Verfügung stehenden Mehreinnahmen aus Mehrwertsteuer und dem Subventionsabbau werden wir zum Teil für den schnelleren Abbau der Staatsverschuldung sowie zur Stärkung der Kommunen und damit zur Zukunftssicherung des Landes einsetzen. Wir werden aber auch einen größeren Teil für die Bildung reservieren. **Denn für uns ist Bildungspolitik Zukunftsgestaltung – die Zukunft unserer Kinder liegt in der Bildung.**

## 2. Frühkindliche und vorschulische Betreuung und Bildung

Frühkindliche und vorschulische Bildung und Betreuung mit spielerischem und entdeckendem Lernen sind zentrales Anliegen sozialdemokratischer Bildungspolitik. Sie ist notwendig, um die beste Entwicklungsqualität für jedes Kind zu garantieren. Unterschiede zwischen „bildungsnahe“ und „bildungsferne“ Schichten können abgebaut werden. Mehr Chancengleichheit wird erreicht. In der Altersgruppe der unter 6jährigen wird das Potenzial für die spätere Intelligenz und Lernfähigkeit aufgebaut.

Die SPD wird deshalb von 2008 bis 2018 die frühkindliche Bildung und Betreuung in Niedersachsen in enger Abstimmung mit den Kommunen und den Trägern der Einrichtungen völlig neu gestalten.

### 2.1 Eltern als „erste Experten“

Die ersten drei Lebensjahre sind eine entscheidende Bildungsphase für die Kinder. Hier werden die wichtigsten Grundlagen für lebenslanges Lernen gelegt. Wir wollen daher eine verstärkte Qualifizierung der Eltern für die Erziehung und Bildungsvermittlung erreichen.

In skandinavischen Ländern ist es gelungen, die „Sozialvererbung“, die Weitergabe der elterlichen Verhaltensweise der jeweiligen sozialen Schicht an die Kinder, abzubauen. Daran wollen wir uns orientieren. Eine effektive und integrierte Familien- und Bildungspolitik muss die materielle aber insbesondere auch die kulturelle Ungleichheit der Ressourcen von Familien abfedern. Der Schlüssel dafür heißt frühkindliche Bildung. Unser Ziel ist es, leicht zugängliche unterstützende Angebote für Eltern in unmittelbarer Nähe ihres Wohnortes zu schaffen.

Daher will die SPD im Bereich der Elternarbeit folgende Schritte verwirklichen:

- Die Erziehungs- und die medizinische Beratung von Eltern als „erste Experten“ während der Schwangerschaft und in den ersten 24 Monaten sind wichtig für die positive Entwicklung des Kindes. Die SPD wird das „Hebammen-Modellprojekt“ schrittweise zu einem landesweiten „Hebammen-Programm“ für die aufsuchende Hilfe für Eltern weiterentwickeln. Es wird damit eine gemeinsame ambulante Beratung von Hebammen und Sozialpädagogen für Schwangere, insbesondere in sozial und psychologisch problematischen Situationen geben.
- Die Kindertagesstätten kooperieren künftig eng mit dem „Hebammen-Programm“ und anderen Gesundheitseinrichtungen. Regelmäßige Gesundheitsuntersuchungen für die Kinder werden verpflichtend. So können gesundheitliche Beeinträchtigungen rechtzeitig diagnostiziert, drohende Behinderung vermieden und mögliche Fälle von Kindesmissbrauch früh erkannt werden. Rechtzeitige präventive Maßnahmen können eingeleitet werden.
- Aufsuchende Hilfe in vielfältiger Form durch Elternbriefe, Beratung und Untersuchungen ist dabei entscheidend für eine frühe Unterstützung der Eltern. Wir werden diese durch vielfältige Modelle von Kommunen, Verbänden, Initiativen und anderen Einrichtungen schaffen. Dazu werden wir leicht zugängliche Angebote für Eltern im unmittelbaren Wohnumfeld fördern, angesiedelt zum Beispiel in Kindertagesstätten oder bei Krabbelgruppen. Hiermit wird die medizinische Versorgung ergänzt.
- Wir werden Möglichkeiten schaffen, damit fremdsprachliche Eltern die deutsche Sprache lernen. Hierzu muss es eine verstärkte Kooperation

727 mit Einrichtungen der Erwachsenenbildung (z.B. Volkshochschulen, aber  
728 auch in soziokulturellen Zentren, Stadtteileinrichtungen oder auch in den  
729 Familien) geben.

- 730 • Die fundamentale Bedeutung von Bildung und Erziehung muss stärker  
731 ins gesellschaftliche Bewusstsein rücken. Durch Entwicklung von ent-  
732 sprechenden Bildungsstandards zu Erziehungsfragen wollen wir sicher-  
733 stellen, dass diese wie bereits die Sexualaufklärung im schulischen  
734 Unterricht behandelt werden, z. B. in den 8. Klassen.
- 735 • Die Verantwortung und Verantwortlichkeit der Medien im Bereich  
736 Erziehung und Bildung muss verstärkt thematisiert werden. Brutales Ver-  
737 halten und Aggressivität in zahlreichen nachmittäglichen Talkshows, Ge-  
738 richtssendungen und Soaps müssen der Vergangenheit angehören. Man  
739 kann hohe Quoten mit diesen Sendungsformen auch durch Qualität er-  
740 reichen. Außerdem sollten kurze Filmsequenzen analog der Verkehrser-  
741 ziehung wie beim „7. Sinn“ mit aktuellen Erziehungsfragestellungen zur  
742 besten Sendezeit entwickelt werden.

743

744

## 2.2. Kinderkrippen für Kinder unter 3 Jahren

745 Unser Ziel ist es, für unter 3jährige ein ausreichendes Betreuungsangebot zu  
746 schaffen. So kann auch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf  
747 geschaffen werden. Die SPD strebt einen flächendeckenden Ausbau des  
748 Krippenangebotes an und will bis zum Jahr 2013 schrittweise den Rechtsan-  
749 spruch auf Krippenplätze einführen. Mit Hilfe des Tagesbetreuungsausbau-  
750 gesetzes soll ein Netz an Kinderkrippen in Niedersachsen aufgebaut wer-  
751 den. Langfristig streben wir an, die Angebote für unter 3jährige kostenfrei  
752 anzubieten.

753 Neben der Unterstützung bestehender Träger von Kinderkrippen sollen frei  
754 werdende Kapazitäten in Kindertagesstätten für die Schaffung von Krippen-  
755 plätzen genutzt werden. Die zusätzlichen Möglichkeiten des Tagesmütter-  
756 modells bieten zudem insbesondere im ländlichen Raum weitere Chancen  
757 auf gute Betreuung. Das dort tätige Personal muss Qualifikationsangebote  
758 erhalten und wie die Kitas mit dem Gesundheitssystem, dem Hebammen-  
759 Programm und anderen Angeboten, beispielsweise der Sprachförderung,  
760 kooperieren. Die Tätigkeit der Tagesmütter wird kommunal koordiniert und  
761 evaluiert.

762 Unser Ziel ist eine verstärkte Kooperation zwischen Kinderkrippen und Kin-  
763 dertagesstätten. Insbesondere Kinder aus „bildungsfernen“ Familien sollten  
764 schon vor dem 3. Lebensjahr in Kindertagesstätten Bildungsangebote nut-  
765 zen können. Für einen Krippenplatz soll schrittweise einen geringer und so-  
766 zial gestaffelter Beitrag erreicht werden.

767 Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kindertagesstätten brauchen ei-  
768 ne gute Ausbildung, um eine optimale Betreuung zu gewährleisten. In enger  
769 Zusammenarbeit mit Erwachsenen- und Weiterbildungseinrichtungen wird  
770 ein verbindliches Trainings- und Ausbildungsprogramm für Tagesmütter ein-  
771 geführt.

772

773

## 2.3 Kindertagesstätten für alle Kinder

774 Die 4.396 Kindertagesstätten in Niedersachsen besuchen derzeit 262.000  
775 Kinder. Damit wird eine Versorgungsquote der Kinder zwischen drei und  
776 sechs Jahren von 80,2 Prozent erreicht. Das heißt, jedes fünfte Kind besucht

777 keine vorschulische Einrichtung. Dies wollen wir ändern. Unser Ziel ist, mög-  
778 lichst bei allen Kindern den Kita-Besuch zu erreichen.

779 Der moderne Kindergarten fördert die Kinder in ihrer Entdecker- und Lern-  
780 freude und ermöglicht damit ganzheitliche Erfahrungen. Wir wollen schritt-  
781 weise ab 2008 – beginnend mit dem ersten Kindergartenjahr – zu einer Be-  
782 tragsfreiheit kommen. Perspektivisch ist bis 2018 die Beitragsfreiheit für alle  
783 drei Jahre zu realisieren.

784 Während des ersten Jahres muss in jedem Kindergarten die Möglichkeit be-  
785 stehen, dass Eltern ihr Kind in der ersten Stunde begleiten können - wie  
786 dies in den meisten Einrichtungen bereits jetzt möglich ist.

787

788 • **Unsere Ziele: Förderung und Integration**

789 Über die Entwicklung der Kinder in Kindertagesstätten wird ein **Förderplan**  
790 geführt. Dieser Förderplan setzt bei den vorhandenen Fähigkeiten und  
791 Schwächen der Kinder an. Schwächen können so abgebaut werden. Die  
792 Fähigkeiten und Kompetenzen des Kindes können im besonderen Maße  
793 weiter entwickelt werden. Im Rahmen projektorientierter Arbeit gelingt dies  
794 am besten. Die Erzieherinnen und Erzieher sind Entwicklungsbegleiter des  
795 Kindes. Die Implementierung und Weiterentwicklung des Niedersächsischen  
796 Orientierungsplanes soll für mehr Verbindlichkeit, Vergleichbarkeit und  
797 Transparenz zur Erfüllung des Bildungsaspektes in Tageseinrichtungen für  
798 Kinder sorgen.

799 Unser Ziel ist die Integration von Kindern mit Behinderungen in die regulären  
800 Kindertagesstätten. Viele Erzieherinnen und Erzieher haben bereits eine Zu-  
801 satzausbildung absolviert und können somit die notwendige Förderung leis-  
802 ten. Erforderliche Rückzugsmöglichkeiten und Therapieangebote müssen  
803 vorhanden sein. In Kindertagesstätten, die behinderte Kinder in integrative  
804 Gruppen aufnehmen, müssen andere Standards als für nicht-integrative  
805 Gruppen gelten. Neben zusätzlichen Fachkräften muss es dort eine geringe-  
806 re Kinderzahl pro Gruppe geben.

807 Es ist ein Problem, dass besonders viele Kinder aus Migrantenfamilien keine  
808 Kindertagesstätten besuchen. Um dieses zu erreichen, wollen wir die Attrak-  
809 tivität der Kitas erhöhen. Insbesondere bei Problemgruppen setzen wir zu-  
810 dem auf die aufsuchende Elternarbeit.

811

812 **2.4. Der Übergang zur Grundschule**

813 Ziel unserer Politik ist es, die Schule kindgerechter und die Kinder früher fit  
814 für die Schule zu machen. Kinder können bereits jetzt mit 5 Jahren zur Schu-  
815 le gehen. Dies passiert aber nur in wenigen Fällen. Zurzeit liegt das Durch-  
816 schnittsalter beim Eintritt in die Grundschule bei 6 Jahren und 7 Monaten.  
817 Durch den verstärkten Bildungsansatz in den Kindertagsstätten soll dem  
818 entgegengewirkt werden. Wir wollen in der Zeit von 2008 bis 2013 attraktive  
819 Wege entwickeln, damit viele Kinder bereits im 5. Lebensjahr die flexible  
820 Eingangsstufe der Grundschule besuchen und ihre Bildungspotentiale entfal-  
821 ten können.

822

823 **Verbindliche Zusammenarbeit zwischen Kindertagesstätte und Grund-  
824 schule**

825 Alle fünfjährigen Kinder sollen gezielt und verbindlich auf den Schulbesuch  
826 vorbereitet werden, wie dies in einer Reihe von Kindertagesstätten bereits  
827 geschieht. In Zukunft muss dies verbindlich durch das Land Niedersachsen

828 geregelt und auch evaluiert werden. Hierzu sind die Vorgaben des derzeit in  
829 Niedersachsen gültigen Orientierungsplans für die Arbeit der Kindertages-  
830 stätten umzuwandeln in überprüfbare Bildungsstandards. Die konkrete Aus-  
831 gestaltung der Rahmenbedingungen ist dabei den Einrichtungen überlassen.  
832 Die fünfjährigen Kinder nehmen weiter an den altersgemischten Gruppen  
833 teil. Sie werden darüber hinaus durch speziell entwickelte Programme auf  
834 den Schulbesuch vorbereitet. Dies geschieht in Zusammenarbeit zwischen  
835 den Grundschulen und den in ihrem Einzugsbereich liegenden Kindertages-  
836 stätten.

837 Die Eingangsstufe der Grundschule ist als eine Mischform zwischen Kinder-  
838 garten und Grundschule zu gestalten. Lehrkräfte sollen bei der Vorbereitung  
839 der Kinder auf die Schule mitwirken. Erzieherinnen und Erzieher arbeiten im  
840 Gegenzug in der flexiblen Eingangsstufe der Grundschule mit. Sowohl im  
841 letzten Kindergartenjahr, aber auch in der Eingangsstufe der Grundschule,  
842 wirken die entsprechenden Fachkräfte aus dem Kindergarten sowie der  
843 Grundschule zusammen. Es soll ein bruchloser und individueller Übergang  
844 vom Kindergarten in die Eingangsstufe der Grundschule gewährleistet sein.  
845 Mit Angeboten und Förderung in Bereichen wie Sprache, vorbereitendem  
846 Lesen und Rechnen, Sonderpädagogik, Ergotherapie, Krankengymnastik  
847 oder Feinmotorik, werden die Stärken gefördert und die Schwächen abge-  
848 baut. In regelmäßigen Abschnitten werden die Entwicklungen der Kinder be-  
849 sprochen und die notwendigen Konsequenzen gezogen.

850

- **Flexibler Übergang mit der flexiblen Eingangsstufe**

851 Die flexible Eingangsstufe umfasst die ersten beiden Schuljahre und kann  
852 von den Kindern je nach ihrer individuellen Entwicklung in einem, zwei oder  
853 drei Jahren absolviert werden. Die Grundschule arbeitet in der Eingangsstufe  
854 mit altersgemischten Lerngruppen. Bei regionalen Besonderheiten und in  
855 Ausnahmefällen kann die flexible Eingangsstufe auch an den Kindergarten  
856 angebunden sein.

857 Der Übergang in die flexible Eingangsstufe sollte erfolgen, wenn das Kind 5  
858 Jahre alt ist, über ausreichende Deutschkenntnisse verfügt und von der  
859 Entwicklung her für den Besuch der Eingangsstufe geeignet ist. Die Feststel-  
860 lung hierüber treffen Fachkräfte, das Entscheidungsrecht bleibt bei den El-  
861 tern.

862 Für diesen Übergang wird es künftig zwei Termine im Jahr geben. Über den  
863 Wechsel muss in enger Abstimmung mit der zuständigen Grundschule ent-  
864 schieden werden. Endgültig soll der Wechsel mit der Vollendung des 6. Le-  
865 bensjahres erfolgen.

866

867

868

## **2.5. Vernetzung durch Familienzentren „Sicherer Start ins Leben!“**

869 Die von uns angestrebten Veränderungen im Bereich frühkindlicher Bildung,  
870 vor allem auch zwischen dem 0. und 3. Lebensjahr sind am effektivsten,  
871 wenn eine Vernetzung aller Angebote über ein koordinierendes Zentrum  
872 stattfindet. Langfristiges Ziel sollte sein, ein koordiniertes Gesamtsystem  
873 dieser Angebote aufzubauen. Familienzentren sind dafür das geeignete Mo-  
874 dell.

875 Die Vielfalt an Angeboten ist für Familien und allein erziehende Eltern, gera-  
876 de in schwierigen Lebenssituationen, kaum durchschaubar. Das Nebenein-  
877 ander der verschiedenen Einrichtungen ohne eine Kooperation ist zudem  
878 problematisch. Schon derzeit ist die Beratungsstringenz der Betreuungs-

879 systeme nicht immer gegeben. Es kommt darauf an, in Zukunft präventiv  
 880 oder zielgenau zu agieren. Es muss verstärkt ermöglicht werden, dass durch  
 881 zusätzliche Möglichkeiten der Behörden/Einrichtungen in problembesetzte  
 882 Familienverhältnisse rechtzeitig im Interesse des Kindes eingegriffen werden  
 883 kann. Die „Kinderhilfe“ bzw. das Kindeswohl muss hier der Ausgangspunkt  
 884 besserer Beratungs- und Betreuungsangebote sein. Die gegebenen Betreu-  
 885 ungssysteme müssen besser miteinander vernetzt werden, sie müssen diffe-  
 886 renzierter arbeiten und an einigen Stellen auch ausgebaut werden. Die bes-  
 887 sere Abstimmung der Sozialprogramme von Bund, Ländern und Gemeinden  
 888 ist eine Daueraufgabe. Deswegen ist es notwendig, die verschiedenen  
 889 Dienste miteinander in Kontakt zu bringen und deren Angebote zu bündeln.  
 890 Die Erfahrungen z. B. in Großbritannien mit „Sure Start“ und den „Early Ex-  
 891 cellence Centres“ zeigen, dass es richtig und möglich ist, durch die Bündel-  
 892 lung der verschiedenen sozialen Dienste und Einrichtungen in einer Hand  
 893 ein integratives und förderndes Modell frühkindlicher Förderung zu entwi-  
 894 ckeln. Deswegen wollen wir mit einem ähnlichen Modell, den Familienzent-  
 895 ren, eine optimale Bündelung aller Instanzen gewährleisten.

896

897 • **Die Entwicklung der Kindertagesstätten zu Familienzentren**

898 Ab dem Jahr 2008 werden im Nahraum leicht erreichbare, unterstützende  
 899 Beratungsangebote geschaffen. Gemeinsam mit dem Land entwickeln und  
 900 tragen die Kommunen Konzepte, die sicherstellen, dass diese an den  
 901 Kindertagesstätten angesiedelt werden. Kindertagesstätten werden damit zu  
 902 Familienzentren ausgebaut, an denen u. a. Ärzte, Sozialpädagogen/-innen  
 903 oder Erzieher/-innen als Familien entlastende Dienste zur Verfügung stehen.  
 904 Parallel zur Entwicklung der Kinderkrippen, der Neustrukturierung der Kin-  
 905 dertagesstätten und der Einrichtung von flexiblen Eingangsstufen werden die  
 906 Familienzentren zunächst in ausgewählten Regionen und später flächenab-  
 907 deckend entwickelt.

908 Ähnlich wie in Großbritannien wollen wir mit diesen Zentren den Kindern in  
 909 Niedersachsen einen sicheren Start ins Leben gewährleisten. Die frühe und  
 910 gezielte Förderung der Kinder soll mit der Unterstützung und Entlastung von  
 911 Familien verknüpft werden. Die Zentren sind einzubetten in andere Aktions-  
 912 programme von Kommunen, Land und Bund.

913 Von 2008 bis 2013 soll zunächst in sozial schwierigen Stadtteilen und Kom-  
 914 munen, aber auch in ländlich geprägten Bereichen ein Netz von 50  
 915 Familienzentren entstehen. Langfristig ist die Abdeckung der gesamten  
 916 Fläche nach dem britischen Vorbild der EEC mit dieser neuen Form von  
 917 Kindertagesstätten unser Ziel. In diesen Zentren sollen die verschiedenen  
 918 Dienste und Einrichtungen, die für die frühe Kindheit zuständig sind, gebün-  
 919 delt werden, aber auch familienbegleitende Dienste zur Erziehungshilfe für  
 920 Eltern zur Verfügung stehen. Kinderärzte. Gesundheits-, Jugend- und Sozi-  
 921 alämter stellen in Sprechstunden ihre Dienste zur Verfügung.

922 Das Zusammenwirken der verschiedenen Dienste im Rahmen der damit  
 923 verbundenen Synergieeffekte und des Bürokratieabbaus eingesparten  
 924 Finanzmittel sind für die Einstellung zusätzlicher Kräfte zur Betreuung, Er-  
 925 ziehung und Bildung zu nutzen. Dadurch soll in den Zentren das Zahlenver-  
 926 hältnis der betreuenden Kräfte zu Kindern positiver werden. Hier können  
 927 dann Betreuungs-, Bildungs- und Erziehungsangebote, beginnend mit Klein-  
 928 kindern bis zu Kindern im Eintrittsalter für die Schule, angeboten werden.

929 Eine Begleitung des Kindes durch die Eltern als „erste Experten“ wird er-  
 930 möglicht. Angebote zur Elternqualifizierung sind in den Zentren zu realisie-  
 931 ren. In Gesprächen zwischen Pädagogen/-innen und Eltern werden die  
 932 nächsten Erziehungs- und Entwicklungsziele des Kindes gemeinsam festge-  
 933 legt. Das nötige Wissen und die Qualifikation, die den Eltern fehlen, können  
 934 sie in Elternschulungen und -kursen erwerben, während ihre Kinder betreut  
 935 werden. Über Kooperationen mit anderen Bildungseinrichtungen oder  
 936 Arbeitsmarktprogrammen sollen bei Bedarf, z. B. Sprachkurse, das Nachho-  
 937 len von Schulabschlüssen, Ernährungs- oder Kochkurse, angeboten werden.  
 938 Es ist Spielzeug- und Buchausleihe aus Bibliotheken möglich. In Problemfäl-  
 939 len gibt es eine aufsuchende Elternbetreuung.

940  
 941 Langfristiges Ziel ist, bis zum Jahre 2018 schrittweise ein flächen-  
 942 abdeckendes Netz von Familienzentren aufzubauen. Hierbei sind auch Zu-  
 943 sammenlegungen mit der jeweils vorhandenen Grundschule bei vorhande-  
 944 nen Räumlichkeiten zu realisieren. Wir wollen damit eine Grundversorgung  
 945 in ganz Niedersachsen bilden.

946

## 947 **2.6. Reform der Erzieherinnen- und Erzieherausbildung**

948 Die Ausbildung der ErzieherInnen fußt künftig auf zwei Säulen: Die eine ist  
 949 die schulische Ausbildung zum Erzieher/ zur Erzieherin, die andere umfasst  
 950 eine Fachhochschulausbildung zur Elementarstufenfachkraft in Form eines  
 951 Bachelorstudiums.

952

### 953 • **Reform der schulischen Erzieher/-innenausbildung**

954 Die derzeit vorhandene Erzieher/-innenausbildung in schulischer Form bildet  
 955 in einer verbesserten und veränderten Form die erste Säule. Insbesondere  
 956 für Absolventen/-innen mit Sekundarstufen-I-Abschluss bieten sich hier  
 957 qualifizierte Ausbildungsmöglichkeiten an. Die Ausbildung der Erzieher/-  
 958 innen an den Fachschulen muss deutlich verbessert werden. Die Ausbildung  
 959 wird besonders in Hinblick auf einen verstärkten Bildungs- und Förderansatz  
 960 reformiert, der an die geänderten Anforderungsprofile angepasst wird.  
 961 Entsprechend neu definierte Curricula müssen entwickelt werden.

962 Eine Ausbildung mit deutlichem Praxisbezug und fundierter theoretischer  
 963 Basis ist für die Professionalität der Begleitung von Bildungs- und  
 964 Erziehungsprozessen unerlässlich. Schwerpunkte sollten die Bereiche (För-  
 965 der-) Diagnostik, Spracherziehung, Bewegungserziehung und multikulturelle  
 966 Erziehung bilden. Ein GSK-Training (Gruppentraining sozialer Kompeten-  
 967 zen) kann ergänzend förderlich sein. Die Absolventen/-innen nehmen in den  
 968 Kitas pädagogische Erziehungs- und Bildungsaufgaben wahr.

969

### 970 • **Bachelorstudium zur Elementarstufenfachkraft**

971 Die zweite Säule stellt für Absolventen/-innen mit Fachhochschulberechtigung  
 972 die Fachhochschulausbildung dar, die für spezifische Aufgaben in der  
 973 Bildungsarbeit und für Leitungspositionen notwendig ist. Dieses Bache-  
 974 lorstudium für Elementarstufen-Fachkräfte zielt unter anderem auf den he-  
 975 rausgehobenen Bildungsansatz in den Kindertagesstätten ab. In der Fach-  
 976 hochschule sollen insbesondere (Förder-) Diagnostik, Spracherziehung, Be-  
 977 wegungserziehung und multikulturelle Erziehung vermittelt werden. Ausge-  
 978 bildete ErzieherInnen können ein solches Studium ebenfalls absolvieren.

979 An den Hochschulen soll der Aspekt der frühkindlichen Entwicklung in For-  
 980 schung und Lehre unterstützt werden. Die beteiligten Einrichtungen sollten  
 981 mit Hilfe vielfältiger Programme sowohl in der Forschung wie auch in der  
 982 Vermittlung neuester Erkenntnisse in der Lehre dafür Sorge tragen, dass  
 983 Niedersachsen in diesem Bereich immer auf den ersten Rängen der Er-  
 984 kenntnisgewinnung liegt.

985  
 986 • **Fort- und Weiterbildung**

987 Eine kontinuierliche Weiterbildung aller Beschäftigten wird verpflichtend vor-  
 988 geschrieben. Voraussetzung dafür ist aber die Verbesserung der Arbeitsbe-  
 989 dingungen aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den frühkindlichen und  
 990 vorschulischen Einrichtungen.

991 Wenn die Erzieherinnen und Erzieher in Aus- und Fortbildung qualifiziert  
 992 werden sollen, müssen die entsprechenden Verfügungsstunden im hinrei-  
 993 chenden Maße bereitgestellt werden. Die derzeit noch vorhandenen „Zweit-  
 994 kräfte“ in den Einrichtungen sind durch vielfältige Formen der Weiterbildung  
 995 und durch eine hinreichende Freistellung zumindest auf das Niveau der  
 996 Sozialassistentenausbildung zu bringen.

997 Verpflichtende Weiterbildungsphasen, sowie eine kontinuierliche aktive  
 998 Selbstbeteiligung an der Entwicklung der eigenen Professionalität sind  
 999 selbstverständlich. Somit bietet die stetige Ausbildung auch Aufstiegs-  
 1000 chancen.

1001  
 1002 **2.7 Qualitätssicherung**

1003 Gezielte Förderung ist abhängig von regelmäßiger Evaluation. Dabei sind  
 1004 Erzieher, Kinder und Eltern gleichermaßen einzubeziehen. Mit der Schaffung  
 1005 einer Landesagentur für Qualitätskontrolle soll die frühkindliche und vorschul-  
 1006 lische Bildung, die Arbeit der Kinderkrippen, der Tagesmütter und der Kin-  
 1007 dertagesstätten qualitativ evaluiert werden. Der Qualitätssicherung dient  
 1008 auch eine stärkere Kooperation der Fachdienste und Bildungsträger.

1009 Aufgrund dieser Aspekte sind Änderungen im Kindertagesstättengesetz in  
 1010 der Zeit von 2008 bis 2013 durchzusetzen. Insbesondere die Standards in  
 1011 den Kindertagesstätten bedürfen einer dringenden Anpassung an die verän-  
 1012 derten Bedingungen bzw. Anforderungen der Arbeit. Vor dem Hintergrund  
 1013 der zurückgehenden Geburtenrate wird dies möglich sein. Der Betreuungs-  
 1014 schlüssel von derzeit 2 Erzieherinnen/ Erzieher für durchschnittlich 25 Kinder,  
 1015 ist dringend nach unten zu verbessern.

1016 Die Vorbereitungszeit von derzeit 7,5 Std. für zwei Kräfte ist anzuheben. Für  
 1017 die Führung der Förderpläne ist jeweils ein Pädagoge für eine kleine Gruppe  
 1018 von Kindern verantwortlich. Die Ergebnisse und Maßnahmen werden im  
 1019 Team beraten. Das gesamte Team beteiligt sich an der Elternarbeit (Ausbau  
 1020 der Erziehungspartnerschaft), der Zusammenarbeit mit Schulen und dem  
 1021 Fachpersonal anderer Institutionen, der Zusammenarbeit mit anderen Kin-  
 1022 dertagesstätten, der Mitwirkung bei der Ausbildung und bei der Konzept-  
 1023 fortschreibung der Kindertagesstätte.

1024  
 1025 **2.8 Sprachförderung**

1026 Das Beherrschen der deutschen Sprache ist elementare Voraussetzung für  
 1027 die Zukunftschancen in unserer Gesellschaft. Deswegen müssen frühzeitige  
 1028 Angebote für Kinder aus Migrantenfamilien wie für benachteiligte deutsche  
 1029 Kinder in der frühkindlichen, besonders in der vorschulischen Phase, ange-

1030 boten werden. Mit den Förderplänen werden hierzu entsprechende Maß-  
1031 nahmen entwickelt.  
1032 Kindern mit besonderem Förderbedarf im Bereich der deutschen Sprache  
1033 werden in speziellen Kursen Deutschkenntnisse vermittelt, damit sie die  
1034 Grundschule erfolgreich besuchen können. Dies erfolgt in den Kitas von An-  
1035 fang an und nicht erst im letzten Jahr.  
1036 Die Überprüfung der sprachlichen Kompetenz vor dem Besuch der Grund-  
1037 schule bleibt verpflichtend. Hier ist festzustellen, ob und welche Defizite vor-  
1038 handen sind. Ein Jahr lang sollen danach gezielt Sprachförderungs-  
1039 programme angewendet werden, um die Kinder für einen erfolgreichen  
1040 Schulbesuch vorzubereiten. Diese Programme sind in der Kindertagesstätte  
1041 angesiedelt. Die Überprüfung wird von pädagogischem Personal durchge-  
1042 führt, das eine entsprechende Ausbildung für Sprachkompetenz und  
1043 Sprachentwicklung hat.

1044  
1045  
1046  
1047  
1048  
1049  
1050  
1051  
1052  
1053  
1054  
1055  
1056  
1057  
1058  
1059  
1060  
1061  
1062  
1063  
1064  
1065  
1066  
1067  
1068  
1069  
1070  
1071  
1072  
1073  
1074  
1075  
1076  
1077  
1078  
1079  
1080  
1081  
1082  
1083  
1084  
1085  
1086  
1087  
1088  
1089  
1090  
1091  
1092  
1093

### **3. Grundschule**

Die SPD will die Grundschule als Basis einer Schule des Förderns und Forderns erhalten und weiterentwickeln.

#### **3.1 Veränderter Unterricht**

Erfahrungsstand, Anstrengungsbereitschaft, Leistungsvermögen und auch die häusliche Unterstützung der Kinder sind sehr unterschiedlich. Die Verschiedenheit der Kinder muss in der Grundschule als Chance genutzt werden, damit Gewinne für alle erzielt werden können. Im Mittelpunkt stehen das individuelle Fördern und Fordern und das gemeinsame Lernen der Kinder. Das gezielte Fördern und Fordern wird durch fächer- und jahrgangsübergreifenden Unterricht und vermehrte Projektarbeit erreicht. Weder an dem starren 45-minütigen Unterricht noch am Frontalunterricht soll dabei in der bisherigen Form festgehalten werden.

Einen Teil des Unterrichts erarbeitet sich das Kind in seinem individuellen Tempo in einer Kleingruppe unterschiedlich begabter und gebildeter Schüler. Der gegenseitige Erfahrungsaustausch hat dabei einen hohen Stellenwert. Der andere Teil ist gemeinsamer Unterricht. Er dient neben der Vermittlung von Wissen auch dem Miteinander der Kinder über das gegenseitige Helfen im Team hinaus und fördert ihre Sozialkompetenz. Realisiert wird der gemeinsame Unterricht vor allem in Form von Projekten. Das können kleine Projekte zu Sachthemen sein oder große Projekte im künstlerischen Bereich, im Sport oder Schülerbegegnungen im internationalen und nationalen Austausch.

Mit einem individuellen Förderplan sollen Lernfortschritte, aber auch Mängel und Probleme dokumentiert und nachvollziehbar werden. Dieser Förderplan soll von den unterrichtenden Lehrkräften mit Diagnose- und Beratungskompetenz erstellt werden. Die Leistungsbeurteilung bemisst sich nach dem Lernfortschritt des einzelnen Kindes. Das Pädagogenteam ist verantwortlich für den Lernprozess des Kindes und bleibt die Grundschulzeit über für die gleiche Lerngruppe zuständig. Zensuren sind hierdurch nicht mehr nötig. Auf Basis des Förderplans können dann in Zusammenarbeit mit Eltern, Schülerin oder Schüler, Lehrkräften und weiteren Experten Maßnahmen besprochen und in die Wege geleitet werden, die zur positiven Entwicklung des Kindes führen.

Wir werden die Kriterien für die Klassenbildung so ändern, dass durchschnittlich 24 Kinder in einer Lerngruppe sind. Die für diese altersgemischte Lerngruppe verantwortlichen Pädagoginnen und Pädagogen organisieren im Team den Lernprozess, beraten das Kind sowie die Eltern und organisieren bei Bedarf Unterstützung durch Personen mit anderen Fachkompetenzen (z. B. in der Psychomotorik, der Erziehungsberatung, bei spezieller Talentförderung oder bei vorhandenen Defiziten). Jedes Kind erhält so viel Unterstützung, dass es durch angemessene Anstrengungen motiviert wird, sich den Unterrichtsstoff zu erarbeiten und mit Erfolg, Anerkennung und gestärktem Selbstvertrauen belohnt wird.

1094 Die Grundschulen sollen – in Abstimmung mit den Eltern und den Schul-  
1095 trägern – die Möglichkeit haben, sich zu Ganztagschulen zu entwickeln. Bis  
1096 2018 streben wir ein flächendeckendes Netz an. Es soll eine intensive Zu-  
1097 sammenarbeit mit außerschulischen Einrichtungen erfolgen. Die Schule öff-  
1098 net sich für eine Kooperation mit Eltern, Kindergärten, Horten, benachbarten  
1099 Schulen aber auch gegenüber Sportvereinen, Kirchen und anderen Institutio-  
1100 nen in der Kommune. Musische Fächer und Sport sollen sehr viel intensi-  
1101 ver für die Entwicklung der Kinder genutzt werden.

1102  
1103 Durch eine bessere finanzielle Ausstattung der Grundschulen sollen vermeh-  
1104 rterte Elternberatung, Einschulungssprachlehrgänge für ausländische Kin-  
1105 der und deren Eltern, Hausbesuche der Lehrkräfte in den Familien u. a.  
1106 durchgeführt werden. Die Einbeziehung der Eltern wird dabei verbessert, um  
1107 die Lernsituation und die Fördermöglichkeiten miteinander abzustimmen und  
1108 so zu optimieren.

1109  
1110 Die Fortbildung des Lehrer/-innenteams wird u. a. in der Schule vor Ort und  
1111 durch vermehrte Zusammenarbeit mit weiteren Schulen der Region organi-  
1112 siert. Die Grundschulen verfügen über ausreichende personelle, sächliche  
1113 und räumliche Ausstattung und somit über ein hohes Maß an Selbstständig-  
1114 keit in ihren Entscheidungen.

1115  
1116 **3.2 Veränderte Schulorganisation**  
1117 Die Grundschule ist der Einstieg in die „Gemeinsamen Schule“. Sie soll  
1118 wohnortnah vorgehalten werden. Am Beginn der schulischen Laufbahn steht  
1119 die flexible Eingangsstufe der Grundschule. Die beiden ersten Jahrgänge  
1120 können von den Kindern je nach ihrer individuellen Befähigung in ein, zwei  
1121 oder drei Jahren durchlaufen werden. Danach folgen die Jahrgänge drei und  
1122 vier. Das Modell der „Selbstständigen Schule“ wird auch im Grundschulbe-  
1123 reich umgesetzt. Im Anschluss an die Grundschule wechseln die Schülerin-  
1124 nen und Schüler in die Sekundarstufe I. Sie umfasst die Jahrgänge 5 bis 10.

1125  
1126  
1127  
1128  
1129  
1130  
1131  
1132  
1133  
1134  
1135  
1136  
1137  
1138  
1139  
1140  
1141  
1142  
1143  
1144  
1145  
1146  
1147  
1148  
1149  
1150  
1151  
1152  
1153  
1154  
1155  
1156  
1157  
1158  
1159  
1160  
1161  
1162  
1163  
1164  
1165  
1166  
1167  
1168  
1169  
1170  
1171  
1172  
1173  
1174

#### **4. „Gemeinsame Schule“ (Sekundarstufe I)**

In der „Gemeinsamen Schule“ wird das Prinzip des individuellen Förderns und Forderns weitergeführt, um so die Bildungschancen aller Schülerinnen und Schüler weiter zu erhöhen. Der Blick nach Skandinavien belegt die Vorteile einer solchen Schule: Finnland und Schweden werden regelmäßig Sieger in internationalen Vergleichsstudien. Dort beginnt das Lernen früher, ist die Zahl der Schulabbrecher geringer und hat die soziale Herkunft einen geringeren Einfluss auf die Schulkarriere. Und dies, obwohl etwa der Flächenstaat Schweden mit seinen gut 8 Millionen Einwohnern, eine noch höhere Zahl von Migranten zu integrieren hat als Niedersachsen.

##### **4.1 Grundprinzipien der „Gemeinsamen Schule“**

- Kinder wollen lernen! Dafür müssen durch qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer, durch kleine Lerngruppen, durch eine andere Lernkultur, durch die Unterstützung des Lernprozesses mit Assistenzkräften und durch die Entwicklung überprüfbarer Bildungsstandards die Bedingungen geschaffen werden.
- Die Schule setzt auf Heterogenität der Schülerschaft und damit auf individuelle Lern- und Leistungsprofile. Die Pädagogen und Pädagoginnen übernehmen die Verantwortung, dass sich jeder entsprechend seiner eigenen Voraussetzungen entwickeln und lernen kann. Die Schule ist Garant für individuelles Fördern und Fordern und für die Leistungsentfaltung jeder einzelnen Schülerin und jedes einzelnen Schülers.
- Neben obligatorischen Fächern ist die standortspezifische Bildung von Schwerpunkten möglich (z. B. Migrantensprachen als ordentliches Schulfach).
- Schülerinnen und Schüler haben beim Verlassen der Schule Module (Lerneinheiten) unterschiedlicher Schwierigkeitsgrade durchlaufen, je nach ihren persönlichen Leistungsmöglichkeiten.
- Gemeinschaftsprojekte stärken in besonderer Weise Eigenverantwortung und soziales Lernen. Die Beteiligung daran ist ein wesentliches Element im persönlichen Profil der Schülerinnen und Schüler.
- Der differenzierte Unterricht im Klassenverband, in Lehrgängen und Modulen ermöglicht differenzierte Leistungsentfaltung. Kinder und Jugendliche haben unterschiedliche Stärken. Ihre Gesamtleistung im dreigliedrigen Schulsystem reicht oft nicht für ein herkömmliches Gymnasium aus, weil sie nicht in allen Fächern gut genug sind. In der „Gemeinsamen Schule“ bekommen sie die Möglichkeit, das eigene Potenzial zu entfalten.
- Die Schule bietet ein entwicklungsoffenes Schulangebot, das soziales und eigenverantwortliches Lernen ermöglicht. Jedes Kind wird seinen Möglichkeiten, Fähigkeiten und Bedürfnissen entsprechend gefordert und gefördert.
- Alle Kinder und Jugendlichen erhalten die Möglichkeit, ihre Fähigkeiten und Fertigkeiten voll zu entfalten, Herausforderungen anzunehmen, Freude an ihrer Leistung zu entwickeln und Verantwortung für sich und andere zu übernehmen. Der Anteil der Schulabgängerinnen und -abgänger ohne Abschluss wird so gemindert. Höhere Schulabschlüsse werden erreicht. Das soziale Lernen wird gestärkt und Formen des demokratischen Zusammenlebens erlernt.

- 1175
- 1176
- 1177
- 1178
- 1179
- Eine multikulturelle Schülerinnen- und Schülerschaft sowie die Erziehung zur interkulturellen Kompetenz und Bilingualität erfordern dabei auch Lehrerinnen und Lehrer mit Migrationshintergrund, die in der Lage sind, zwei Sprachen kompetent anzuwenden.

## 4.2 Organisationsprinzipien der „Gemeinsamen Schule“

- 1180
- 1181
- 1182
- 1183
- **Kleine Lerngruppen ermöglichen mehr individuelles Fördern und Fordern**

1184 Bis 2018 wollen wir die Klassenstärke in der "Gemeinsamen Schule" durch  
1185 eine Veränderung der Kriterien für die Klassenteilung schrittweise auf durch-  
1186 schnittlich 24 Kinder reduzieren.

1187 Die Schule fördert die Schülerinnen und Schüler entsprechend ihrer jeweili-  
1188 gen Fähigkeiten durch individuelle Bildungswege anhand eines Förderplans.  
1189 Für die verschiedenen Bildungsgänge werden entsprechende Lehrgänge  
1190 und Lerneinheiten (Module) mit unterschiedlichen Schwierigkeitsgraden  
1191 konzipiert, die von den Schülerinnen und Schülern erfolgreich absolviert  
1192 werden müssen. Neue Fächer und individuelle sowie vielfältige Formen des  
1193 Lernens entwickeln sich. Entscheidend ist, dass die Schülerinnen und Schü-  
1194 ler das „Lernen lernen“ und selbstständige Arbeitsweisen erwerben.

1195 Im Unterricht wechseln sich offene mit zentrierenden Phasen ab. Der Unter-  
1196 richt wird durch eine Anzahl organisatorischer Maßnahmen begleitet. Dazu  
1197 gehören u. a. Lehrereinsatz, Teamstrukturen im Kollegium, Studentafeln,  
1198 abgestimmte Lehrwerke, Förderkurse und auch die Gebäudebelegung. Die  
1199 positiven und negativen Erfahrungen aus den bestehenden Gesamtschulen  
1200 sind dabei für die Konzeptentwicklung wichtig.

- 1201
- 1202
- **Individualisierter Unterricht hilft Starken und Schwachen**
- 1203 Durch die individuelle Förderung ist der Lernerfolg bei den Schülerinnen und  
1204 Schülern viel höher als im gegliederten Schulsystem. Dies wird schwachen  
1205 wie leistungsstarken Schülerinnen und Schüler besser gerecht.

1206 Die „Gemeinsame Schule“ bietet gerade den leistungsstarken Schülerinnen  
1207 und Schülern eine einmalige Chance auf Weiterentwicklung und Leistungs-  
1208 steigerung. Durch besondere Förderangebote können sie ihre Talente zur  
1209 Entfaltung bringen.

1210 Treten bei Leistungsschwächeren Lern- oder Verhaltensschwierigkeiten auf,  
1211 kann eine unmittelbare Reaktion durch individuelle Förderpläne erfolgen,  
1212 damit sich das Problem nicht für die gesamte weitere Schulzeit manifestiert.  
1213 Differenzierungsmaßnahmen und schulische Binnenorganisation tragen da-  
1214 zu bei, dass Schülerinnen und Schüler ihr Anspruchsniveau wechseln kön-  
1215 nen. Barrieren in Bildung und Erziehung werden hierdurch reduziert.

- 1216
- 1217
- **Vielfalt ist Bereicherung**
- 1218 Die Verschiedenheit der Kinder ist ein Vorteil. Alle Kinder, unabhängig von  
1219 sozialer und ethischer Herkunft oder einer etwaigen Behinderung, werden an  
1220 der Entwicklung des Schullebens beteiligt. Kinder, die auf diese Weise  
1221 erlebnisorientiert lernen, können sich kognitiv, emotional und sozial besser  
1222 entwickeln. Dabei profitieren die Stärksten am stärksten, das heißt die guten  
1223 Schülerinnen und Schüler werden auf diese Weise motiviert und können ihre  
1224 besonderen Fähigkeiten noch stärker entfalten.

1225 Bei der individuellen Förderung werden vorhandene Unterschiede besser  
 1226 berücksichtigt. Dazu gehören die unterschiedlichen Sprachkompetenzen der  
 1227 Kinder, das verschiedenartige Lernverhalten von Jungen und Mädchen, die  
 1228 Differenzen, die aus dem jeweiligen kulturellen Hintergrund erwachsen und  
 1229 die mehr oder weniger vorhandene häusliche Unterstützung.  
 1230 Ein gleichschrittiger Unterricht wird den Bedürfnissen der Kinder nicht ge-  
 1231 recht. Er verhindert, dass sie ihre Bildungspotenziale entfalten. Unterricht  
 1232 muss daher anders konzipiert werden. Die Lehrkräfte müssen mit dieser  
 1233 Vielfalt kompetent umgehen und die Schüler individuell fördern.  
 1234 Durch differenzierte und auf das Individuum bezogene Organisationsformen  
 1235 können Schülerinnen und Schüler mit individuellen Förderbedürfnissen und  
 1236 Bedarf an zusätzlichen sonderpädagogischen Maßnahmen in der „Gemein-  
 1237 samen Schule“ gefördert werden.  
 1238 In der Grundschule und in der Sekundarstufe I sind hierzu Förderschul-  
 1239 lehrkräfte im Mobilen Dienst tätig. Durch Prävention und unterstützende  
 1240 sonderpädagogische Förderung soll in enger Zusammenarbeit mit den Leh-  
 1241 rerinnen und Lehrern unter Einbeziehung der Erziehungsberechtigten in ei-  
 1242 nem System gestufter Hilfen gemeinsamer Unterricht und spezifische Förde-  
 1243 rung ermöglicht werden.  
 1244  
 1245 Wichtige Aufgaben des Mobilen Dienstes sind dabei: Hilfen bei der  
 1246 Ausstattung des Arbeitsplatzes, Beratung bei der Gewährung von  
 1247 Nachteilsausgleichen, Beratung hinsichtlich behinderungsspezifischer Hilfs-  
 1248 mittel, Ausstattung mit speziellen Lehr- und Lernmaterialien, Auswahl und  
 1249 Bereitstellung schulischer Hilfsmittel, Beratung und Unterstützung der Lehr-  
 1250 kräfte im Umgang mit den Schülerinnen und Schülern, Information von Lehr-  
 1251 kräften und Mitschülerinnen und Mitschüler über spezielle Behinderungen,  
 1252 Koordination der Förderarbeit, Beratung der Erziehungsberechtigten.  
 1253  
 1254 • **Kinder mit Behinderungen**  
 1255 Jedes Kind hat ein Anrecht auf einen Platz in der „Gemeinsamen Schule“.   
 1256 Kinder mit Behinderungen wachsen ganz selbstverständlich in der Gemein-  
 1257 schaft auf. „Anders-Sein“ wird zur Normalität. Rücksichtnahme, gegen-  
 1258 seitiges Verständnis und das gemeinsame Miteinander sind die besten Vor-  
 1259 aussetzungen für eine Gesellschaft, in der jeder Einzelne Wertschätzung er-  
 1260 fährt. Die „Gemeinsame Schule“ wird zur Schule ohne Lernhindernisse und  
 1261 Barrieren. Das verständnisvolle Klima verhindert die Herausbildung von Vor-  
 1262 urteilen und negativen Einstellungen. Integration kann damit einen wichtigen  
 1263 Beitrag zur Gewaltprävention leisten.  
 1264 Für eine Pädagogik der Inklusion ist es „normal“, verschieden zu sein. Inso-  
 1265 fern ist Inklusion eine Weiterentwicklung von Integration, in dem das Moment  
 1266 der Wertschätzung aller Schülerinnen und Schüler, die gleichberechtigte,  
 1267 selbstverständliche Teilhabe aller an der Gesellschaft angestrebt wird. Dies  
 1268 bezieht in der „Gemeinsamen Schule“ alle Schülerinnen und Schülern, El-  
 1269 tern, außerschulische Einrichtungen, Schule insgesamt mit ein. Wenn alle  
 1270 Merkmale der Unterschiedlichkeit (Heterogenität) wie Geschlecht, Nationali-  
 1271 tät, Sprache, soziale Schicht, Religion oder Sexualität in den Blick genom-  
 1272 men werden, dann werden Menschen mit Behinderungen lediglich als eine  
 1273 von vielen Minderheiten betrachtet. So kann ermöglicht werden, dass die  
 1274 „Gemeinsame Schule“ eine Schule ohne Lernhindernisse und Barrieren  
 1275 wird.

1276 Auf Wunsch der Eltern können Kinder mit Behinderungen auch eine beson-  
 1277 dere Lerngruppe einer Förderschule oder der „Lebenshilfe“ besuchen. Dies  
 1278 kann z. B. bei mehrfach schwer behinderten Kindern, die besondere  
 1279 Therapieeinrichtungen brauchen, der Fall sein. Förderschulen werden den  
 1280 „Gemeinsamen Schulen“ angegliedert. Lehrerinnen und Lehrer der Förder-  
 1281 schulen betreuen Kinder mit Behinderungen in der Grundschule und in der  
 1282 Sekundarstufe I der „Gemeinsamen Schule“ integrativ, in Kooperationsgrup-  
 1283 pen oder in den Förderschulen. Die kooperativen Lerngruppen der nieder-  
 1284 sächsischen „Lebenshilfe“ sind Bestandteil der „Gemeinsamen Schule“.

1285

1286 • **Das Kind steht im Mittelpunkt der Unterrichtsorganisation**

1287 Das einzelne Kind steht im Mittelpunkt der Unterrichtskonzeption. Jedes  
 1288 Kind bekommt sein Lernpensum so von den Lehrkräften vorbereitet, dass es  
 1289 sich die Inhalte selbstständig erarbeiten kann. Dabei wird von den Lehrkräf-  
 1290 ten Unterstützung für den Arbeitsprozess gegeben, aber auch durch indivi-  
 1291 duell aufbereitetes Lernmaterial oder durch Assistenzkräfte und den Aus-  
 1292 tausch mit erfahrenen Mitschülerinnen und -schüler.

1293 Unser Ziel ist, dass das Kind in der „Gemeinsamen Schule“ in seinem eige-  
 1294 nen Tempo lernt. Es erhält die notwendige Unterstützung durch Gruppenler-  
 1295 nen im gegenseitigen Austausch im Team bestehend aus unterschiedlich  
 1296 begabten und gebildeten Mitgliedern seiner Lerngruppe. Die Lehrkräfte wer-  
 1297 den unterstützt durch Schulassistenzen und für die Schule verfügbares psy-  
 1298 chologisches, heilpädagogisches und sozialpädagogisches Fachpersonal.  
 1299 Das für die Lerngruppe verantwortliche Pädagogen team organisiert den  
 1300 Lernprozess, bietet Material, begleitet, fördert, korrigiert, berät das Kind und  
 1301 die Eltern und organisiert bei Bedarf auch Unterstützung durch Personen mit  
 1302 anderen Fachkompetenzen (Psychomotorik, Erziehungsberatung, spezielle  
 1303 Talentförderung etc.).

1304 Im individualisierten Unterricht werden die Leistungsfortschritte individuell  
 1305 überprüft. Dafür verfügt das Lehrkräfteteam über vielfältige Diagnosemög-  
 1306 lichkeiten. Stellt es Lernschwierigkeiten fest, kann sofort und ohne großen  
 1307 Aufwand mit Fördermöglichkeiten begonnen werden. Weitergehende Mög-  
 1308 lichkeiten zur Überwindung der Schwierigkeiten müssen die Lehrkräfte  
 1309 selbst anbieten oder darauf hinweisen können.

1310 Vor allem für Lehrkräfte, die bisher überwiegend nur Schulen des traditionell  
 1311 gegliederten Schulsystems kennen gelernt haben, wird diese sehr viel flexib-  
 1312 lere Struktur eine Herausforderung sein. Sie haben die Möglichkeit, ihre per-  
 1313 sönlichen Erfahrungen in die Organisation der Schule einzubringen, werden  
 1314 aber auch von einem Team aus Sozialpädagogen und –Pädagoginnen und  
 1315 Assistenzkräften unterstützt. Durch schulinterne oder regionale Fortbildun-  
 1316 gen wird dafür gesorgt, dass alle an der Bildungsarbeit Beteiligten auf dem  
 1317 neuesten Stand der pädagogischen Diskussion sind.

1318

1319 • **Das zehnte Schuljahr als Brückenjahr**

1320 Am Ende des 9. Jahrgangs wird von den Schülerinnen und Schülern eine  
 1321 Vorentscheidung gefällt, in welche Richtung sie im 10. Jahrgang gehen wol-  
 1322 len. Dies erfolgt auf der Basis des dokumentierten Förderplans in enger Ko-  
 1323 operation zwischen Schule, Eltern und dem jeweiligen Schüler oder der  
 1324 Schülerin. Das 10. Schuljahr dient der Vorbereitung auf den weiteren Weg.  
 1325 Es stellt die Brücke zwischen der „Gemeinsamen Schule“ und der Sekun-  
 1326 darstufe II bzw. der Beruflichen Ausbildung dar.

1327 Das zehnte Schuljahr an der „Gemeinsamen Schule“ wird differenziert ges-  
 1328 taltet. Den Schülerinnen und Schülern werden Angebote gemacht, die auf ih-  
 1329 re weitere Bildungskarriere ausgerichtet sind. Das reicht von der Vorberei-  
 1330 tung auf die gymnasiale Oberstufe bis hin zu einem stark praxisorientierten  
 1331 berufsvorbereitenden Unterricht mit theoriegeminderten Lehrinhalten für  
 1332 lernschwache Schülerinnen und Schüler. Im 10. Schuljahr können Schüle-  
 1333 rinnen und Schüler auch andere Bildungsangebote wie beispielsweise Aus-  
 1334 landsaufenthalte oder Praktika in Betrieben wahrnehmen. Diese sind auf den  
 1335 Unterricht anzurechnen. Schülerinnen und Schüler sollen hinreichend Mög-  
 1336 lichkeiten zur Prüfung von Alternativen für ihre Zukunftsentscheidungen be-  
 1337 kommen.

1338 Am Ende des 10. Jahrgangs werden die Abschlüsse vergeben. Sie entspre-  
 1339 chen den jeweils geltenden Regelungen der Kultusministerkonferenz und  
 1340 geben die Leistungen wieder, die die Schülerin bzw. der Schüler im 10.  
 1341 Jahrgang erbracht hat. Der Hauptschulabschluss kann auf Grund der gel-  
 1342 tenden KMK-Regelungen bereits nach dem 9. Jahrgang erworben werden.  
 1343

1344 • **Die „Gemeinsame Schule“ ist Ganztagschule**

1345 Der Schultag wird in Form einer Ganztagschule konzipiert. Ziel der SPD ist  
 1346 es, in Niedersachsen flächendeckend bis 2018 ein Netz von Ganztagsschul-  
 1347 en im Bereich der allgemein bildenden Schulen zu organisieren. Schule ge-  
 1348 lingt mit einer Mischung aus Konzentration und Entspannung besser. In ei-  
 1349 ner Ganztagschule ist Freizeit die andere Seite des Lernens.

1350 Die Festlegung des Unterrichtsbeginns sollte von der Schule selbst bestimmt  
 1351 werden. In vielen europäischen Staaten beginnt die Schule zu einem späte-  
 1352 ren Zeitpunkt des Tages, um besser auf die Lernphasen des Kindes einzu-  
 1353 gehen.

1354 Die Vorteile der „Gemeinsamen Schule“ lassen sich durch die Vorteile von  
 1355 Ganztagschule noch verbessern. Die Ganztagschule bietet den Schülerin-  
 1356 nen und Schülern noch mehr Möglichkeiten, ihre eigenen Stärken und Fä-  
 1357 higkeiten zu entdecken.

- 1358 ▪ Fächerübergreifender Unterricht und Projektarbeit erfordern die Abkehr  
 1359 vom starren 45-Minuten-Rhythmus. Dies ist in Ganztagschulen eher  
 1360 möglich.
- 1361 ▪ Die Ganztagschule vermittelt Schülerinnen und Schülern noch besser  
 1362 ein Gemeinschaftsgefühl, unterstützt ihr soziales Lernen und fördert sie  
 1363 darin, ihre Freizeit selbstbestimmt und sinnvoll zu gestalten. Ganztags-  
 1364 schulen sind Lern- und Lebensraum für alle Beteiligten. Diese Schulen  
 1365 verfügen über eine entsprechende personelle und räumliche Ausstattung  
 1366 (z. B. Bibliothek, freie Arbeitsplätze für Schülerinnen und Schüler, eine  
 1367 Schulküche, Sport- und Spielgelände).
- 1368 ▪ Viele Einrichtungen können auch unter Einbeziehung der Eltern und inte-  
 1369 ressierten Menschen aus der Region betrieben und als Lern- und Hand-  
 1370 lungsräume im Sinne einer Öffnung für die Allgemeinheit genutzt werden.
- 1371 ▪ Die Ganztagschule ist eine regional verankerte Schule, die sich ihrem  
 1372 Einzugsgebiet gemäß nach außen öffnet (Eltern, Wirtschaft, Institutionen,  
 1373 Natur und Kultur). Daraus ergeben sich auch neue Möglichkeiten des  
 1374 Lernens (Experten, Erkundungen, Praktika) und des Fundraising. Schule  
 1375 wird damit noch mehr Teil der Region, des Stadtviertels, des Dorfs. Dies  
 1376 trägt zu einem positiven Selbstbild und einer selbstverständlichen  
 1377 Integration aller Schüler bei.

- 1378  
1379  
1380  
1381  
1382  
1383  
1384  
1385  
1386  
1387  
1388  
1389  
1390  
1391  
1392
- Der Unterricht kann und muss in den Schulnachmittag hinein verlängert werden. Damit entsteht mehr Spielraum für eine entspanntere Organisation des Lehr- und Lernprozesses. Die erweiterte Schulzeit einer Ganztagschule bietet vielfältigere Erfahrungs- und Lernmöglichkeiten bei praktischen Arbeiten, forschendem und entdeckendem Lernen in den Naturwissenschaften, Weiterentwicklung von künstlerischen und sportlichen Fähigkeiten und Fertigkeiten.
  - Phasen des Lernens können sich mit Phasen des sozialen Miteinanders abwechseln. Das Lernen und Leben miteinander trägt zur positiven Lernentwicklung bei.
  - Die „Gemeinsame Schule“ als Ganztagschule ist flexibel in Bezug auf die Einteilung der Schülerinnen und Schüler in Lerngruppen, je nach pädagogischen Erfordernissen. Der Wechsel zwischen Einzelarbeit, Partner- und Gruppenarbeit wird erleichtert.

#### 4.3 Die „Gemeinsame Schule“ in der demokratischen Gesellschaft, in der Region und der internationalen Gemeinschaft

1393  
1394  
1395  
1396  
1397  
1398

In der „Gemeinsamen Schule“ kann eine bessere Vorbereitung auf das aktive Mitwirken in der demokratischen Gesellschaft und in der internationalen Gemeinschaft geleistet werden. Deswegen sind folgende Ziele zu realisieren:

- 1399  
1400  
1401  
1402  
1403  
1404  
1405  
1406  
1407  
1408  
1409  
1410  
1411  
1412  
1413  
1414  
1415  
1416  
1417  
1418  
1419  
1420  
1421  
1422  
1423  
1424  
1425  
1426  
1427
- Zum aktiven Teilnehmen in einer demokratischen Gesellschaft gehören für jeden Menschen die Möglichkeit der Mitbestimmung und das Erfahren von Gerechtigkeit. Soziokulturelle Integration ist selbstverständlich. Das gilt auch für die Schule. Eine demokratische Gesellschaft grenzt niemanden schulisch aus.
  - Behinderten sind deshalb alle Möglichkeiten zu schaffen, selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können.
  - Kinder mit Migrationshintergrund haben ein Anrecht auf Förderung und Anerkennung ihrer Herkunftssprache und -kultur.
  - Das Lernen in heterogenen Gruppen ist besonders geeignet neben Wissen auch die Kompetenz zu vermitteln, selbstständig, selbstorganisiert und gemeinsam mit anderen, in anderer Weise begabten Schülerinnen und Schülern zu lernen.
  - Demokratie lernen können Kinder nur dann, wenn sie von Anfang an in sie betreffende Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Eine demokratische Grundhaltung können Kinder sich in der Schule nur durch demokratisches Erleben aneignen. Damit können sie ein aktives Mitglied der Gemeinschaft werden und verantwortlich für sich und ihre Mitmenschen handeln.
  - Die Schulen sind weitestgehend selbst verantwortlich in der Gestaltung ihrer curricularen, organisatorischen, finanziellen und personellen Bedingungen. Die Gesamtkonferenz ist im Rahmen der gegebenen pädagogischen und organisatorischen Strukturen der „Gemeinsamen Schule“ höchstes Beschlussorgan der Schulen.
  - Mitbestimmung von Schülerinnen, Schülern und Eltern über Schulbeiräte ermöglicht ein demokratisches Miteinander. Jede Schule muss die Mitbestimmung aller an Schule Beteiligten im Schulprogramm verankern. Insbesondere Eltern und Schülerinnen und Schüler müssen reale Möglichkeiten zur Mitgestaltung der Schule erhalten.

- 1428  
1429  
1430  
1431  
1432  
1433  
1434  
1435  
1436  
1437  
1438  
1439  
1440  
1441  
1442  
1443  
1444  
1445  
1446  
1447  
1448  
1449  
1450  
1451  
1452  
1453  
1454  
1455  
1456  
1457  
1458  
1459  
1460  
1461  
1462
- Jede einzelne Schule muss die eigenen administrativen und pädagogischen Entscheidungen offen legen und rechtfertigen.
  - Ein staatliches Regulativ, früher „Schulaufsicht“ genannt, garantiert im Sinne einer Gewährleistungsverantwortung eine angemessene und gleichwertige personelle und materielle Ausstattung aller Schulen.
  - Die Mitwirkung der lokalen Institutionen am Schulleben, der Vereine und Organisationen und der Interessensvertretungen der Wirtschaft und der Gewerkschaften ist zu ermöglichen. Die Schule öffnet und vernetzt sich deshalb mit außerschulischen Bildungsangeboten und –trägern.
  - Ziel von Eltern und Schule muss es sein, Kinder zur Teilnahme an dem vielfältigen Angebot der außerschulischen Einrichtungen zu motivieren. Mit der „Gemeinsamen Schule“ bietet sich auch für die außerschulische Jugendbildungsarbeit eine gute Möglichkeit der Zusammenarbeit. Beide Bereiche können sich ergänzen und von einander profitieren.
  - Die schulische Bildung erfolgt nicht länger in isolierten einzelnen Schulen. Jede Schule ist Teil einer Region des Lernens, das ist die Verknüpfung aller an Bildung beteiligten Institutionen.
  - Das Bildungswesen wird durch ein zusammenwachsendes Europa internationalisiert. Der Erwerb interkultureller Kompetenzen muss im Hinblick auf eine spätere Teilnahme an einem Leben in Europa ein fester Bestandteil des Lehr- und Lernprozesses in der Schule sein.
  - Eine besondere Bedeutung bekommt deshalb die internationale Mobilität als Schlüsselqualifikation. Schüler und Schülerinnen müssen Erfahrungen im Ausland sammeln. Jede Schülerin und jeder Schüler sollte bis Ende der Klassenstufe 10 an mindestens einer Schüleraustauschmaßnahme mit einem EU-Mitgliedsland teilnehmen.
  - Die Erfahrungen der Schüler und Schülerinnen mit Migrationshintergrund sind Teil der erwünschten Internationalisierung. Muttersprachlicher Unterricht, der auch für ihre Mitschüler und Mitschülerinnen anderer Nationalitäten geöffnet werden kann, trägt zum Abbau von Vorurteilen und zur Förderung gegenseitigen Verstehens bei.
  - Die in den Ländern der EU bzw. den Herkunftsländern von die Schule besuchenden Migranten gesprochenen Sprachen sind vorrangig für die Entwicklung von Mehrsprachigkeit zu nutzen. Weitere sollen ins Wahlpflichtangebot aufgenommen werden.

## 5. Der Weg zur „Gemeinsamen Schule“

### 5.1 Überzeugen und Mitnehmen

Die geplante Reform muss von den bestehenden Gegebenheiten der Schul-  
landschaft ausgehen. Sie wird nur dann Erfolg haben, wenn sie von der Mo-  
tivation und der Einsicht aller Beteiligten getragen wird. Sonst steht sie in der  
Gefahr zu scheitern. Die Schulstrukturreform der CDU/FDP im Jahr 2003  
war rein ideologisch begründet und von oben durchgesetzt. Ihre Ziele ent-  
sprechen nicht den heutigen Anforderungen unserer Gesellschaft, sie spie-  
geln die Gesellschaftsstruktur des 19. Jahrhunderts wieder. Der von CDU  
und FDP eingeschlagene Weg trägt obrigkeitsstaatliche Züge. Dies sind  
nicht unsere Ziele und dies ist nicht unser Weg zum Ziel.

Wir wollen eine optimale Schule, in der die Förderung der individuellen  
Schülerpersönlichkeit im Mittelpunkt steht. Dies ist nach unserer Überzeu-  
gung am Besten in Form einer „Gemeinsamen Schule“ möglich. Wir wissen  
aber, dass es wegen der noch bestehenden gegensätzlichen pädagogischen  
und weltanschaulichen Überzeugungen für eine Reform mit dem Ziel einer  
solchen Schule noch großer Überzeugungsarbeit bedarf.

Wir wissen aber auch: Ein solches Schulsystem wird inzwischen von  
Vertretern aus Kirchen und Gewerkschaften, Wissenschaft und Wirtschaft,  
aus Verbänden und Kommunen, vom Deutschen Städtetag und von Hand-  
werkskammern gefordert. Entscheidend für die Umsetzung unseres Reform-  
konzeptes wird sein, noch mehr Menschen von seinen Vorteilen zu über-  
zeugen. Dazu gehören Eltern, Schüler, Schulträger, Verbände und nicht zu-  
letzt auch die Schulen selbst. Sie alle müssen überzeugt werden. Dabei  
sprechen die Vorteile der „Gemeinsamen Schule“ für sich, denn

- strukturelle Reformen sind unabweisbar,
- alle Schülerinnen und Schüler profitieren davon, die Leistungsstarken  
ebenso wie die Leistungsschwächeren,
- die Beteiligten und Betroffenen werden zeitlich, pädagogisch oder finan-  
ziell nicht überfordert.

Die **pädagogischen Fragen** betreffen vor allem die Eltern und die Schüle-  
rinnen und Schüler, aber auch die Betriebe, die Lehr- und Arbeitsplätze be-  
reitstellen. Wir wissen, dass viele Eltern in Niedersachsen eine gymnasiale  
Beschulung oder eine Realschulbildung für ihre Kinder wollen, aber auch  
das Interesse nach Gesamtschulplätzen ist sehr hoch. Dort, wo die bereits  
bestehenden 30 integrierten und 33 kooperativen Gesamtschulen mit ihrer  
pädagogischen Arbeit überzeugen, bewerben sich bis zu 40% eines Alters-  
jahrgangs um einen solchen Platz. Landesweit liegen die Anmeldezahlen  
weit über dem vorhandenen Angebot.

Alle diese Bedürfnisse nehmen wir sehr ernst. Den Eltern und Schülern ist  
die Vielfalt aller Schulformen im Niedersächsisches Schulgesetz (NSchG)  
und die Wahlmöglichkeit zwischen einer „Gemeinsamen Schule“ und den  
anderen Schulformen einzuräumen. Aber wir sind sicher, dass unser Kon-  
zept – gerade weil es fast alle diese Bedürfnisse aufnimmt – langfristig über-  
zeugt.

Trotzdem – oder gerade deshalb – werden wir es nicht „von oben“ verord-  
nen, sondern die Veränderungen unter Beteiligung aller Betroffenen „von un-  
ten“ aufwachsen lassen. Ungleichzeitigkeiten in den Kommunen und Regio-  
nen nehmen wir dabei für einen längeren Zeitraum bewusst in Kauf.

1514 Die **Kostenfrage** betrifft vor allem die kommunalen Schulträger. Deshalb gilt  
 1515 für sie streng das Prinzip der Konnexität. Alle Mehrkosten, die ihnen durch  
 1516 die Einführung der „Gemeinsamen Schule“ entstehen, werden vom Land  
 1517 getragen. – Über das Verrechnen finanzieller Synergieeffekte wird es dabei  
 1518 faire Verhandlungen geben.

1519 Der Rückgang der Schülerinnen- und Schülerzahlen, auf den die örtliche  
 1520 und regionale Schulentwicklungsplanung reagieren muss, um Schulstand-  
 1521 orte halten zu können, wird die ersetzende Einführung der „Gemeinsamen  
 1522 Schule“ jedoch fördern und das Bereitstellen der räumlichen Voraussetzungen  
 1523 erleichtern.

1524 Unabhängig von diesen Regelungen steht jedoch fest: In einer gesamtge-  
 1525 sellschaftlichen Kostenrechnung ist eine solche Schule mit den Möglichkei-  
 1526 ten des flexiblen Lehrkräfteeinsatzes und der Nutzung der schulischen Ein-  
 1527 richtungen durch alle Schülerinnen und Schüler ohne Vorhalten von räumli-  
 1528 chen und sächlichen Ressourcen für jeweils drei separate Bildungswege  
 1529 kostengünstiger. Perspektivisch kann davon ausgegangen werden, dass da-  
 1530 durch der Gesellschaft auch Kosten im sozialen Bereich gespart werden.

1531 Schon in der Einführungsphase hat diese Schulstruktur für die Schul-  
 1532 entwicklungsplanung und Schulträger vor allem in ländlich geprägten Berei-  
 1533 chen große Vorteile, weil die derzeit unkontrollierbaren Schülerströme entfal-  
 1534 len werden. Dies vereinfacht und verbilligt z. B. den Schülertransport.

1535

## 1536 **5.2 Die Schritte der Reform**

1537 Nach der Übernahme der Regierungsverantwortung in Niedersachsen im  
 1538 Jahr 2008 wird die SPD sofort die Schritte zur stufenweisen Einführung der  
 1539 „Gemeinsamen Schule“ einleiten.

1540 Dabei kann an bestehende Regelungen im Schulgesetz angeknüpft werden.  
 1541 Schon jetzt gilt: Der Zugang zu jeder der Schulformen des Sekundarbereichs  
 1542 I ist frei. An jeder Schulform können alle Schulabschlüsse erworben werden.  
 1543 An Hauptschulen kann der erweiterte Sekundarabschluss I und am Gymna-  
 1544 sium der Hauptschulabschluss erteilt werden.

1545

1546 Daran anknüpfend ergeben sich folgende Schritte:

1547

1548 1. Zunächst müssen schulformunabhängige Rahmenrichtlinien und Bil-  
 1549 dungsstandards erarbeitet werden. Diese Richtlinien werden für alle  
 1550 „Gemeinsamen Schulen“ verbindlich und müssen vorbehaltlich möglicher  
 1551 Profilbildungen eingehalten werden. Dabei wird berücksichtigt, dass das  
 1552 Bildungsangebot „den verschiedenen Begabungen den erforderlichen  
 1553 Raum zur Entfaltung lässt und insoweit dem Recht der Eltern und Schü-  
 1554 ler aus Art. 3 Abs. 2 Satz 1 der Niedersächsischen Verfassung i. V. mit  
 1555 Art. 6 Abs. 2 Satz 1, Art. 2 Abs. 1 GG Rechnung trägt, den Bildungsweg  
 1556 selbst zu bestimmen“. (Urteil des Nds. Staatsgerichtshofes zur Verfas-  
 1557 sungsmäßigkeit der 1994 von der rot-grünen Mehrheit im Landtag zur  
 1558 Regelschule erhobenen Integrierten Gesamtschule). Dass mit schulform-  
 1559 übergreifenden Rahmenrichtlinien qualifizierte Abschlüsse erreicht wer-  
 1560 den können, haben die Integrierten Gesamtschulen bewiesen. Dort hat  
 1561 es übrigens seit 34 Jahren auch kein „Sitzenbleiben“ gegeben.

1562 2. Parallel dazu wird die „Gemeinsame Schule“ sofort gleichberechtigt in  
 1563 den Katalog der allgemein bildenden Schulformen nach § 5 NSchG auf-  
 1564 genommen. Dies bedeutet auch, dass die übrigen Schulformen des Se-

- 1565 kundarbereichs I weiter fortbestehen – allerdings nun gleichberechtigt  
 1566 neben der „Gemeinsamen Schulen“.
- 1567 3. Die neue Schulform wird in einem eigenen Paragrafen (§ 12 a NSchG)  
 1568 beschrieben. Dazu gehört vor allem, dass in ihr Schülerinnen und Schü-  
 1569 ler des 5. bis 10. Schuljahrgangs unterrichtet werden, dass in ihr Schüle-  
 1570 rinnen und Schüler befähigt werden sollen, im Anschluss an ihre Schul-  
 1571 zeit ihren Bildungsweg „berufs- oder studienbezogen“ fortzusetzen, und  
 1572 dass an ihr alle Schulabschlüsse erworben werden können wie an den  
 1573 anderen Schulformen des Sekundarbereichs I.
- 1574 4. Die Schuleinzugsbereiche werden aufgehoben. Den Eltern wird dadurch  
 1575 die freie Schulwahl ermöglicht.
- 1576 5. Alle weiterführenden Schulen werden mit einer Änderung im § 59, Abs. 4  
 1577 NSchG verpflichtet alle Schülerinnen und Schüler aufzunehmen und kei-  
 1578 nen Schüler und keine Schülerin gegen den Willen der Eltern abzuschu-  
 1579 len, sondern sie bis zum Ende des 10. Schuljahres so zu fördern, dass  
 1580 ein möglichst qualifizierter Abschluss erteilt werden kann. – An die Stelle  
 1581 des „Sitzenbleibens“ treten Fördermaßnahmen. Die Erziehungsberechtig-  
 1582 ten behalten aber das Recht, eine Klassenwiederholung oder einen  
 1583 Schulwechsel zu beantragen.
- 1584 6. Die Errichtung der „Gemeinsamen Schule“ wird in die Hand der kommu-  
 1585 nalen Schulträger gelegt. Sie können damit ihre Schullandschaft neu ord-  
 1586 nen. Das wird weniger durch Neuerrichtung von Schulen als vielmehr  
 1587 durch Zusammenlegung und Umwandlung bestehender Schulen erfol-  
 1588 gen, wobei wegen unterschiedlicher Schulträgerschaft gegebenenfalls  
 1589 Absprachen zwischen den Landkreisen und den kreisangehörigen Ge-  
 1590 meinden nötig werden können. Die Umwandlung sollte jahrgangswise  
 1591 aufsteigend vorgenommen werden, sodass sie sechs Jahre nach ihrem  
 1592 Beginn abgeschlossen wäre. Entsprechende gesetzliche Regelungen  
 1593 werden in § 106 NSchG formuliert.
- 1594 7. Dem freien Elternwillen wird Rechnung getragen. Wenn genügend Eltern  
 1595 die Einrichtung einer „Gemeinsamen Schule“ wünschen, muss die Kom-  
 1596 mune eine solche Schule einrichten. Die z. Zt. noch bestehende Rege-  
 1597 lung des Finanzierungsvorbehaltes der Kommunen entfällt und die Um-  
 1598 wandlung wird allein an Regelung „nach Maßgabe des Bedürfnisses“ (§  
 1599 106 Abs. 1 Satz 1 NSchG) geknüpft. – Bis zur Umsetzung der Maßnah-  
 1600 me können sie mit benachbarten Schulträgern Kostenausgleiche und  
 1601 Schülertransporte vereinbaren, um dem Bedarf gerecht zu werden. Un-  
 1602 abweisliche Kosten, die sich trotz nachweislicher sofortiger Bemühungen  
 1603 zur Umorganisation des kommunalen Bildungsangebotes nicht vermei-  
 1604 den lassen, werden vom Land erstattet.
- 1605 8. Der Elternwille ist vom Schulträger jährlich durch geeignete Maßnahmen  
 1606 (z. B. Befragungen, Anmeldezahlen) festzustellen. – Dabei sind auch  
 1607 Zwischenformen der Zusammenlegung, z. B. die Entwicklung von Haupt-  
 1608 und Realschulen zu Sekundarschulen möglich. Damit wird bewusst in  
 1609 Kauf genommen, dass sich das kommunale Schulsystem heterogen ent-  
 1610 wickelt. So kann es z. B. durchaus im Falle einer Zusammenlegung von  
 1611 Hauptschulen und Realschulen zu zweisäuligen Modellen – „Gemeinsa-  
 1612 me Schule“ und Gymnasien – kommen. Dies wird in § 106 NSchG ein-  
 1613 deutig geregelt.
- 1614 9. Die zu vergebenden Abschlüsse in der „Gemeinsamen Schule“ richten  
 1615 sich nach den Regelungen der Konferenz der Kultusminister (KMK). So

1616 kann der Hauptschulabschluss nach Klasse 9, die weiterführenden Ab-  
 1617 schlüsse nach Klasse 10 erworben werden. Die Klasse 10 wäre dann  
 1618 zugleich Abschlussjahrgang für die Sekundarstufe I, zugleich aber auch  
 1619 Eingangsjahrgang in die Sekundarstufe II.

1620 10. Förderschulen werden bei Bedarf weiter vorgehalten, wobei der bereits in  
 1621 § 4 NSchG geregelte Grundsatz der Integration mittels eines neu in das  
 1622 Schulrecht einzufügenden individuellen Rechts auf die Bereitstellung der  
 1623 organisatorischen, personellen und sächlichen Voraussetzungen der In-  
 1624 tegration gestärkt wird. Ihr Sekundarbereich I wird als Förderschulzweig  
 1625 an der „Gemeinsamen Schule“ angebunden.

1626 11. Die Errichtung von „Gemeinsamen Schulen“ wird durch finanzielle Unter-  
 1627 stützung (zusätzliche Budgets, Stundenzuweisung für Förderunterricht,  
 1628 Assistenzpersonal und Fortbildungen) befördert. Dabei werden die Effekte  
 1629 aus der Zusammenlegung von Schulen und den zurückgehenden  
 1630 Schülerzahlen (bis zum 2015 um 25 Prozent) genutzt.

1631 12. Die „Gemeinsame Schule“ wird vorrangig nach dem Modell der „selbst-  
 1632 ständigen Schule“ geführt. Sie erhält auch vorrangig ein Vollbudget zur  
 1633 eigenverantwortlichen Verwaltung. Die staatliche Lenkung erfolgt durch  
 1634 vorgegebene Standards, die definieren, welche Leistungen am Ende ei-  
 1635 ner Klassenstufe erreicht werden müssen. Die Standards werden regel-  
 1636 mäßig evaluiert. Sie ist Ganztagschule.

1637 13. In der „Selbstständigen Schule“ mit erweiterten Rechten und Pflichten  
 1638 der Schulleitung bleibt die Gesamtkonferenz oberstes Entscheidungs-  
 1639 und Beschlussorgan für die Regelung der pädagogischen Belange.

1640 14. Sonder-, Grund-, Haupt-, Real-, und Gymnasiallehrer unterrichten unab-  
 1641 hängig vom Lehramt gleichmäßig und nach Bedarf in der Schule. Die  
 1642 sich daraus ergebenden Konsequenzen für die Pflichtstundenzahl und  
 1643 die Eingruppierung werden überprüft.

1644

### 1645 **5.3 Die „Gemeinsame Schule“ als „Kommunale Schule“**

1646 Die „Gemeinsame Schule“ wollen wir über das Prinzip der „Selbstständigen  
 1647 Schule“ konsequent als eine „Kommunale Schule“ führen.

1648

1649 Ganzheitliche Bildung erfordert auch ein neues Nachdenken über bisherige  
 1650 Trennungen im Bildungssystem: Vorschulische und schulische Bildung müs-  
 1651 sen nicht nur durch einen gemeinsamen Rahmen aufeinander abgestimmt,  
 1652 sondern inhaltlich und organisatorisch auf einander bezogen sein. Jugend-  
 1653 arbeit kann künftig nicht mehr losgelöst neben der Schule laufen: Die „Ge-  
 1654 meinsame Schule“ wird als Ganztagschule auch für kommunale Jugend-  
 1655 pflege und die Jugendarbeit der Vereine neue Rahmenbedingungen schaf-  
 1656 fen. Gerade für die gleichberechtigte Entwicklung von Menschen mit  
 1657 Migrationshintergrund oder aus sozial schwachen Familien ist die Verbin-  
 1658 dung der Arbeit der Jugendämter, der kommunalen Sozialdienste und der  
 1659 Schulen von herausragender Bedeutung.

1660

1661 Schon bisher gibt es viele und gute Beispiele für die ausgezeichnete Zu-  
 1662 sammenarbeit zwischen Schulen, Gemeinden und Vereinen. Aber immer  
 1663 wieder erschwert die Trennung von sachlicher Schulträgerschaft der Ge-  
 1664 meinden, Städte und Landkreise einerseits und der Verantwortung des Lan-  
 1665 des für das pädagogische Personal andererseits ein gutes und sinnvolles  
 1666 Zusammenwirken. Daher wollen wir Modelle erproben, Schulen ganz in

1667 kommunale Trägerschaft zu geben, d. h. auch die Lehrer zu Beamten der  
1668 Gemeinden, Städte und Kreise zu machen. Dabei muss für die Kommunen  
1669 gewährleistet sein, dass die Personalkosten in voller Höhe vom Land erstat-  
1670 tet werden. Auch wird das Land als Gewährleister der Bildungspolitik den  
1671 personellen und pädagogischen Rahmen weiterhin definieren müssen.

1672  
1673 Eine vollständig kommunalisierte Schule bietet aber nicht nur eine bessere  
1674 Verzahnung der verschiedenen Bildungs- und Freizeitangebote, sondern vor  
1675 allem auch größere Einflussmöglichkeiten der Eltern in den Städten und  
1676 Gemeinden und damit eine Stärkung der Verantwortung vor Ort, zum Bei-  
1677 spiel über die Einrichtung von Schulkonferenzen, in denen neben den Schul-  
1678 trägern, Eltern, Schüler und Lehrkräfte paritätisch vertreten sind.

1679  
1680 Wenn sich das Modell bewährt, sollen bis 2018 alle allgemein bildenden  
1681 Schulen in die vollständige Trägerschaft der Gemeinden, Städte und Kreise  
1682 übergehen; auch bei berufsbildenden und Förderschulen sollen die Schul-  
1683 träger die Möglichkeit erhalten, sie vollständig zu übernehmen.

1684  
1685  
1686  
1687  
1688  
1689  
1690  
1691  
1692  
1693  
1694  
1695  
1696  
1697  
1698  
1699  
1700  
1701  
1702  
1703  
1704  
1705  
1706  
1707  
1708  
1709  
1710  
1711  
1712  
1713  
1714  
1715  
1716  
1717  
1718  
1719  
1720  
1721  
1722  
1723  
1724  
1725  
1726  
1727  
1728  
1729  
1730  
1731  
1732  
1733

## **6. Die gymnasiale Oberstufe (Sekundarstufe II)**

Unser Ziel ist eine gymnasiale Oberstufe als leistungsorientierte und demokratische Profil-Oberstufe. Dabei gehen wir von einer einheitlichen Schulbesuchsdauer von zwölf Schuljahren aus.

Die Zahl der Hochschulzugangsberechtigten muss deutlich gesteigert werden. Deshalb brauchen wir flexible Strukturen für den Übergang von der Sekundarstufe I in die gymnasiale Oberstufe. Das bedeutet, neben den traditionellen Gymnasien müssen

- große „Gemeinsame Schulen“ eine eigene gymnasiale Oberstufe führen können;
- mehrere „Gemeinsame Schulen“ eine zugehörige gymnasiale Oberstufe führen können, die einer der Schulen angeschlossen ist;
- eine Schule, die nur die gymnasiale Oberstufe führt, als Gymnasium für alle in Frage kommenden Schülerinnen und Schüler eines Einzugsbereichs die gymnasiale Oberstufe anbietet.

Für die Schülerinnen und Schüler, die den Weg zur gymnasialen Oberstufe vollziehen wollen, erfolgt im 10. Jahrgang der „Gemeinsamen Schule“ eine individuelle Vorbereitung. Hierbei wirken Lehrkräfte aus der gymnasialen Oberstufe bereits mit. Der Förderplan der jeweiligen Schülerin bzw. des Schülers wird in der gymnasialen Oberstufe fortgeführt.

Wir wollen einheitliche Übergänge und Abschlüsse für alle Oberstufen-Bildungsgänge, unabhängig davon, ob sie Gymnasien oder Berufsbildenden Schulen zugeordnet sind. Damit wäre gleichzeitig ein Abbau der künstlichen Barrieren zwischen Gymnasien und Oberstufen-Bildungsgängen der Berufsbildenden Schulen verknüpft. Zwischen beiden ist eine intensive Zusammenarbeit zu organisieren. Wenn möglich, ist auch eine Zusammenlegung zu realisieren.

Unser Ziel ist es, dass sich auch reine Gymnasien, Oberstufen-Gymnasien und Oberstufen an „Gemeinsamen Schulen“ zu Oberstufenzentren mit berufsorientierten Profilen entwickeln können.

Generell ist ein breites Angebot verschiedener Profilierungsmöglichkeiten für die Schülerinnen und Schüler in der gymnasialen Oberstufe vorzuhalten. Schulen erhalten mehr Freiheit bei der Entwicklung von Profilen und bei der Organisation fächerübergreifenden Lernens. Fesseln durch kleinschrittige Detailvorgaben und zentrale Prüfungen für alle Fächer und ein zurück zur Paukschule lehnen wir ab.

Der Schwerpunkt liegt beim forschenden Lernen. Die Schülerinnen und Schüler sollen auf die Anforderungen von Hochschule und/oder hoch qualifizierter Berufsausbildung vorbereitet werden. Hierbei ist eine enge Zusammenarbeit mit den Hochschulen zu verwirklichen. Schulen sollen bei der Entwicklung von Kooperationsmodellen mit Hochschulen unterstützt werden. Es ist anzustreben, dass eine Reihe bestimmter Leistungen im Rahmen der modularisierten weiteren Ausbildungsgänge berücksichtigt werden. So sollen möglichst viele Elemente des Unterrichts als Module entwickelt werden, die als „Credit Points“ nach dem „European Credit Transfer System“ (ECTS) für weitere Ausbildungen anerkannt werden können.

Der schulische Teil der Fachhochschulreife für Schülerinnen und Schüler der gymnasialen Oberstufe soll wieder nach dem ersten Jahr der gymnasialen Oberstufe erworben werden. Zur Fachhochschulreife ist zusätzlich eine abgeschlossene Berufsausbildung erforderlich. Diese Regelung schafft einen

- 1734 Anreiz für eine sinnvolle Verknüpfung von schulischer und beruflicher Aus-  
1735 bildung und zusätzliche Durchlässigkeit.  
1736 Aufgrund der hohen Stundenbelastung der Schülerinnen und Schüler pro  
1737 Tag durch die Verkürzung der Schulzeit auf 12 Jahre sollen sich auch reine  
1738 Gymnasien zu Ganztagschulen entwickeln können.

1739  
1740  
1741  
1742  
1743  
1744  
1745  
1746  
1747  
1748  
1749  
1750  
1751  
1752  
1753  
1754  
1755  
1756  
1757  
1758  
1759  
1760  
1761  
1762  
1763  
1764  
1765  
1766  
1767  
1768  
1769  
1770  
1771  
1772  
1773  
1774  
1775  
1776  
1777  
1778  
1779  
1780  
1781  
1782  
1783  
1784  
1785  
1786  
1787  
1788  
1789

## **7. Ausbau und Erweiterung der beruflichen Bildung**

Wir wollen die Umgestaltung der Berufsbildenden Schulen zu regionalen Kompetenzzentren. Unser Ziel ist es, für alle Jugendlichen eine qualifizierte Ausbildung zu gewährleisten. In mehreren Bundesländern gibt es hierzu bereits Modellversuche.

In Niedersachsen wird dies mit dem Modellversuch „**ProReKo – Berufsbildende Schulen in Niedersachsen als regionale Kompetenzzentren**“ angestrebt. Dabei geht es um die Bildung eines berufsbildenden Netzwerkes, bei dem die klassische Berufsschule und regionale Partner der beruflichen Bildung zusammenwirken. Der allgemeine Bildungsauftrag bleibt dabei erhalten, es kommt jedoch zu einer Aufgabenerweiterung der Schule durch die Übertragung einer weit gehenden Eigenverantwortung. Wir unterstützen diesen Prozess. Dabei ist sicher zu stellen, dass die Schulen nicht mehr als verwaltete Institution, sondern als lernende Organisation arbeiten. Die positiv evaluierten Ansätze des Schulversuchs ProReKo werden auf alle berufsbildenden Schulen übertragen. Die Mitsprache aller Beteiligten an der Gestaltung dieser modernen Kompetenzzentren muss sichergestellt werden. Die Qualitätsentwicklung an Berufsbildenden Schulen wird durch Qualitätsmanagementsysteme garantiert.

Die **Weiterentwicklung des Dualen Systems** der beruflichen Bildung muss intensiv vorangetrieben werden. Das Land Niedersachsen wird seinen Einfluss auf Bundesebene geltend machen, um langfristig die Sicherung der beruflichen Bildung auf hohem Niveau zu gewährleisten. Aspekte wie die Europäisierung des Arbeitsmarktes, die Verzahnung von allgemeiner und beruflicher Bildung, das lebenslange Lernen, die Anpassung an die Arbeits-, Produktions- und Geschäftsprozesse sowie die Förderung von benachteiligten Jugendlichen müssen bei der Weiterentwicklung des Dualen Systems eine bedeutende Rolle einnehmen.

Etwa 15 % der jungen Menschen sind ohne höhere Schulbildung oder haben Defizite bei einzelnen Kompetenzen (Rechtschreibung, Mathematik usw.). Ein Teil der Jugendlichen hat kognitive und emotionale Defizite. Es herrschen erhebliche Orientierungs- und Motivationslosigkeit. Diese Mängel behindern oft den Lernfortschritt der Jugendlichen oder verhindern ihn gar. Darum ist es notwendig, ein **Angebot für eine gelingende Berufsqualifikation** zu liefern, die zugleich den Erfordernissen des Arbeitsmarktes wie den Ansprüchen an persönliche Qualifikation und Bildung gerecht wird.

Dies gilt es, mit kurz- und mittelfristigen Maßnahmen und langfristigen Perspektiven zu erreichen. Langfristig gilt es, die Abiturquote deutlich zu erhöhen und insgesamt die Zahl und die Qualität der Abschlüsse zu steigern. Unsere Maßnahmen im frühkindlichen- und vorschulischen Bereich sowie die „Gemeinsame Schule“ werden hier ihren Beitrag leisten. Kurzfristig wird es aber nötig sein, praxisnähere Ausbildungsgänge für diese Gruppe Jugendlicher anzubieten. Wir wollen hier eine enge Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und der Wirtschaft.

Die Stimulierung eines verfestigten und geringer qualifizierten Niedriglohnssektors am unteren Rande der Tarifstruktur lehnen wir allerdings ab.

### **7.1 Flexible und innovative Konzept für das Lernen für Morgen**

Für die Umsetzung der beschriebenen Ziele schlägt die SPD folgenden Handlungskatalog vor:

1790  
1791  
1792  
1793  
1794  
1795  
1796  
1797  
1798  
1799  
1800  
1801  
1802  
1803  
1804  
1805  
1806  
1807  
1808  
1809  
1810  
1811  
1812  
1813  
1814  
1815  
1816  
1817  
1818  
1819  
1820  
1821  
1822  
1823  
1824  
1825  
1826  
1827  
1828  
1829  
1830  
1831  
1832  
1833  
1834  
1835  
1836  
1837  
1838  
1839  
1840

### **Angebote für lernschwache Schülerinnen und Schüler**

Wir wollen Berufschancen für lernschwache Jugendliche schaffen, ohne dabei „Warteschleifen“ für den Weg in eine berufliche Zukunft zu organisieren. Dafür sind gezielte Berufsbilder im Sinne „theoriegeminderter“ Angebote mit einem hohen Praxisanteil vorzuhalten.

Denkbar ist auch die Einführung eines Schulmodells „Produktionsschule“ als ein Instrument der Förderung lernschwacher Jugendlicher. Jugendliche mit Lernbeeinträchtigungen könnten dadurch und ähnliche Bildungsformen beruflich zumindest für die erste Stufe einer Ausbildung qualifiziert werden. Weiter schlagen wir insbesondere für lernschwache Jugendliche nach Abschluss der Sekundarstufe I ein praktisches Jahr vor. Es soll nach den Bedürfnissen der Jugendlichen gestaltet werden. Die Aufsicht unterliegt einem Gremium, das aus Lehrkräften, der Agentur für Arbeit und Kammervertretern besteht. Das praktische Jahr kann beispielsweise aus einer einjährigen beruflichen Orientierung bestehen. Es könnte als erste Stufe einer weiteren beruflichen Ausbildung gelten. Nach einer erfolgreichen Einführung ist zu prüfen, ob es für alle Absolventinnen und Absolventen der Sekundarstufe I eingeführt werden kann, damit berufliche Ersterfahrungen gesammelt werden können.

Grundsätzlich sind in enger Kooperation mit Wirtschaft und Gewerkschaften Lernprofile für lernschwache Jugendliche zu erarbeiten und gezielt anzubieten. Es muss in enger Kooperation mit den Kammern gesichert werden, dass die Absolventen solcher Ausbildung Arbeitsplätze und eine hinreichende Entlohnung erhalten.

### **Innere Reform des beruflichen Lernens: Didaktische und organisatorische Konzeptionsentwicklung**

Wir wollen die Aktivitäten im Bereich der Entwicklung und Evaluierung von Berufsbildern, Ausbildungsordnungen (u. a. Entwicklung neuer Berufsbilder) verstärken. Dafür müssen Modellversuche zur Weiterentwicklung des Dualen Systems entwickelt werden. Es ist nachdrücklich daran zu arbeiten, die prozessorientierten Ausbildungsordnungen in den schulischen Curricularen abzubilden. Darüber hinaus gilt es, Unterrichtshilfen für den handlungsorientierten Unterricht und der Lernfelddidaktik zu entwickeln. Auch sollen Unterrichtsmodule mit einer offenen Ausbildungszeit zwischen 2 und 4 Jahren entwickelt werden, die gegebenenfalls als „Credit Points“ im ECTS-Rahmen für andere Ausbildungen anerkannt werden können.

Die vielfältigen Fremdsprachenpotenziale der Schülerinnen und Schüler sollen aktiv gefördert werden. Für alle Ausbildungsniveaus soll bilingualer Fachunterricht erprobt und schrittweise eingeführt werden.

Der ganzheitliche Bildungsanspruch in den Berufsbildenden Schulen ist zu sichern. Im Zentrum muss die Vermittlung von Kompetenzen stehen. Die Berufsschule versteht sich als Schule der Vermittlung von Querschnittswissen. Die Entwicklung spezieller Förderkonzepte für benachteiligte Jugendliche ist eine primäre Aufgabe.

### **Vernetzung mit Weiterbildungseinrichtungen**

Berufliche Bildungsprozesse enden nicht mit dem Berufsabschluss. Weiterbildung in den Berufsbildenden Schulen kann erhebliche Synergieeffekte auslösen. Die Zusammenarbeit mit den Erwachsenen- und Weiterbildungs-

1841 einrichtungen ist zu intensivieren. Mit den anerkannten Trägern der  
1842 Erwachsenenbildung Niedersachsens, mit den privaten Einrichtungen und  
1843 vor allem den Bildungseinrichtungen der Kammern soll die Arbeit enger ko-  
1844 ordiniert werden.

1845

1846

1847

**Berufsbildende Schulen als Schul- und Qualifikationsentwicklungskatalysator in den Regionen**

1848

1849

1850

1851

1852

1853

1854

1855

1856

Das Land Niedersachsen und die kommunalen Schulträger müssen alle Vollzeitschulformen an Berufsbildenden Schulen als regionales Wirtschaftsentwicklungsinstrument verstehen und weiterentwickeln. Zu diesem Zweck können die Kommunen die Trägerschaft der Berufsbildenden Schulen übernehmen. Es gilt, die Sicherung und den Ausbau der Fachgymnasien und Fachoberschulen an berufsbildenden Schulen als zweite Säule in der Nachwuchssicherung in der akademischen Ausbildung zu garantieren. Hierfür ist eine enge Zusammenarbeit und auch mögliche Zusammenlegung mit den gymnasialen Oberstufen zu Oberstufenzentren zu realisieren.

## 8. Reform der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung

### 8.1 Kriterien einer reformierten Ausbildung der Lehrkräfte

Die von uns angestrebte inhaltliche Neuorientierung des Bildungswesens, die eigenständigen Schulen und veränderte Lern- und Lehrformen machen eine grundlegende Neuausrichtung der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung nötig. Der derzeitige Reformprozess geht dabei bereits in die richtige Richtung, er muss aber weiterentwickelt werden.

Der Ausbildungsgang muss für das Unterrichten an der „Gemeinsamen Schule“ befähigen, dafür ist eine **Ausbildung von Stufenlehrerinnen- und Lehrern** nötig. An einen Bachelorstudiengang „Vermittlungs- und Erziehungswissenschaften“ sollen sich Masterstudiengängen für Förderstufenkräfte, Primarstufenlehrkräfte (Lehrbefähigung Jahrgänge 1 bis 6), Lehrkräfte für die Sekundarstufe I (Lehrbefähigung Jahrgänge 5 bis 10), Lehrkräfte für die Sekundarstufe II (Lehrbefähigung Jahrgänge 10 bis 12) und Lehrkräfte für das berufliche Schulwesen anschließen. Es wird ein Bachelorstudium für Vorschul- und Elementarstufenlehrkräfte eingeführt.

Die institutionelle Trennung von **erster und zweiter Ausbildungsphase** widerspricht jeder empirischen Einsicht über tatsächliches Lehren und Lernen, sie bewirkt eine Desintegration der Bereiche Theorie und Praxis und verhindert so u. a. eine Reflexion des eigenen Lehrverhaltens auf angemessen hohem Abstraktionsniveau. Die drei Ausbildungsphasen (Ausbildung, Referendariat, Fortbildung) müssen curricular, personell und organisatorisch zu einer Lehrerinnen- und Lehrerausbildung „aus einem Guss“ integriert werden.

Die derzeitige Umstellung der grundständigen Lehramtsausbildung auf Bachelor- und Masterstudiengänge muss vorangetrieben werden. Neben der zu realisierenden Umstellung auf das Stufenlehrermodell sind dabei folgende Grundsätze zu beachten:

- Fachliche und methodische Kompetenzen müssen hinreichend durch soziale, psychologische und pädagogische ergänzt werden.
- In der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung wird der Anteil grundwissenschaftlicher Studien (Pädagogik, Psychologie, u. a.) und Praxiserfahrung als Professionalisierungsbereich auf ca. 40 % der Studienanteile angehoben.
- Die Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern ist kontinuierlich den gesellschaftlichen Veränderungen anzupassen, um Kindern die besten Chancen und die beste Förderung zu gewährleisten. Persönlichkeitsbildung, soziale Verantwortung und Wissensvermittlung müssen gleichberechtigte Ziele von Schule sein, die sich ebenso gleichberechtigt in den Studieninhalten wieder finden.
- Auch für den Lehrerinnen- und Lehrerberuf gilt lebenslanges Lernen. Theoretisches Wissen und professionelle Handlungsfähigkeiten müssen laufend reflektiert und erweitert werden. Bereits die erste Ausbildungsphase zielt auf eigenständige Theorie- und Praxisreflexion.
- Die Heterogenität von Lerngruppen ist zentraler Ansatzpunkt bei der Ausbildung professioneller Handlungsfähigkeiten. Auch die Fortbildung setzt hier einen Schwerpunkt. Nur so ausgebildete Pädagoginnen und Pädagogen können Lernanregungen und Herausforderungen für die individuell unterschiedlichen Leistungspotenziale von Schülerinnen und Schülern schaffen.

- 1908 • Auslandserfahrung im Studium ist dringend geboten. Zur Vorbereitung
- 1909 auf die Einbeziehung interkultureller Kompetenzwerte in den täglichen
- 1910 Unterrichtsprozess sollten die Studentinnen und Studenten ein studien-
- 1911 integriertes Auslandssemester mit einem mindestens sechswöchigen
- 1912 Praktikum in einem der EU-Mitgliedsländer absolvieren.
- 1913 • Lehrerinnen- und Lehrer mit Migrationshintergrund sind aufgrund ihrer
- 1914 Biografie (Mehrsprachigkeit und kulturelle Erfahrungen) besonders ge-
- 1915 eignet, wesentliche Lerninhalte in einer demokratischen und multikulturel-
- 1916 len Gesellschaft zu vermitteln. Sie sollten deshalb verstärkt für den Lehr-
- 1917 beruf gewonnen werden.
- 1918 • Die Ausbildung soll sich an Modulen ausrichten, die fachwissen-
- 1919 schaftliche und pädagogische Anforderungen auf das in den jeweiligen
- 1920 Schuljahrgängen Relevante abstimmen.
- 1921 • Zielvorgaben werden als prüfbare Standards formuliert und an Kompe-
- 1922 tenzen ausgerichtet. Die zukünftigen Lehrerinnen und Lehrer sammeln
- 1923 ein Portfolio, das auch Grundlage für den späteren unterrichtlichen Ein-
- 1924 satz in den verschiedenen Schuljahren ist.
- 1925 • Eine institutionalisierte, kontinuierliche berufsbegleitende Weiterbildung
- 1926 der in Schule Tätigen wird gewährleistet.
- 1927 • Die Lehrerarbeitszeit und auch die Besoldung müssen an die organisato-
- 1928 rischen Veränderungen der Gemeinsamen Schule für alle angepasst
- 1929 werden.
- 1930

## 8.2 Erste Schritte für die Reform

Eine SPD-geführte Landesregierung führt ab dem Jahr 2009 im Zuge der Umstellung des Schulsystems auf die „Gemeinsame Schule“ die Stufenlehrerinnen- und Lehrerausbildung ein. Der Bologna-Prozess im Bereich der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung wird fortgesetzt. Die Studienstrukturreform geht mit einer qualitativen Verbesserung der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung einher.

- 1931
  - 1932
  - 1933
  - 1934
  - 1935
  - 1936
  - 1937
  - 1938
  - 1939
  - 1940
  - 1941
  - 1942
  - 1943
  - 1944
  - 1945
  - 1946
  - 1947
  - 1948
  - 1949
  - 1950
  - 1951
  - 1952
  - 1953
  - 1954
  - 1955
  - 1956
  - 1957
  - 1958
- Die beiden ersten Phasen (Ausbildung und Referendariat) der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung werden verzahnt. So wird die Polyvalenz des Bachelor gewährleistet, zugleich aber die Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Studienseminaren hergestellt. Das Land stellt sicher, dass es in der Zeit von 2008 bis 2013 zu einer institutionalisierten Zusammenarbeit beider Ausbildungsstätten kommt. In der Hochschulausbildung sollen die Ausbildungskräfte der Seminare und die mitwirkenden Lehrkräfte aktiv teilnehmen, die Hochschullehrkräfte werden in die Arbeit der Studienseminare integriert. Dies gilt insbesondere für Prüfungen. Den jeweiligen Hochschulen werden Ausbildungsschulen zugeordnet, in denen die Praxisphasen stattfinden. Kontaktlehrkräfte an diesen Schulen arbeiten aktiv an der Hochschulausbildung mit und bilden die Studierenden in den jeweiligen Praxisphasen an ihren Schulen in enger Zusammenarbeit mit Hochschule und Studienseminaren aus.
  - Das Referendariat wird auf ein Jahr verkürzt. Dafür muss gewährleistet sein, dass in der Hochschulausbildung die Praxisphasen zusammengefasst mindestens ein Jahr betragen. Wenn dieses realisiert ist, streben wir an, dass nach dem Referendariat ein zweijähriges Trainee-Programm als Bestandteil der Ausbildung folgt. Dies absolvieren die ausgebildeten Referendarinnen und Referendare nacheinander an zwei verschiedenen Schulen. Sie werden dort in der Berufseinstiegsphase ein qualifiziertes

- 1959                    Mentoring nach festgelegten Qualitätsstandards durchlaufen. Danach  
1960                    können sie sich auf unbefristete Stellen an den Schulen bewerben.
- 1961                    ■ Eine SPD-geführte Landesregierung wird in der Legislaturperiode von  
1962                    2008 bis 2013 die durchgängige Einrichtung von Lehrerinnen- und Leh-  
1963                    rerausbildungszentren mit einer eigenen (langfristigen) Leitungsstruktur  
1964                    innerhalb der Universitäten durchsetzen. Die Lehrerinnen- und Leh-  
1965                    rerausbildungszentren sind verantwortlich für die Lehre und für eine For-  
1966                    schung, die die Realität von Vorschule, Schule und Unterricht zum Ge-  
1967                    genstand hat. Gleichzeitig kann hier die notwendige Verzahnung mit der  
1968                    dritten Ausbildungsphase – der Fortbildung – stattfinden.
- 1969
- 1970                    Die SPD setzt sich dafür ein, dass der Beruf „Lehrerin und Lehrer“ in der  
1971                    Gesellschaft wieder hoch geachtet und damit auch ein begehrtes Berufsziel  
1972                    wird. Menschen sollen sich bewusst für den Lehrerinnen- und Lehrerberuf  
1973                    entscheiden, weil sie durch die pädagogische Begleitung junger Menschen  
1974                    über einen der wichtigsten Zeiträume ihres Lebens an der Gestaltung ge-  
1975                    gesellschaftlicher und individueller Zukunft mitwirken wollen.

## 9. Hochschulen: Fortschritt und Innovation für das 21. Jahrhundert

### ▪ **Wir wollen die bildungsbedingten Barrieren einreißen**

Alle vorliegenden Prognosen gehen von einem Anstieg der Studierendenzahlen bis zum Jahr 2020 aus. Allein in den nächsten 5 Jahren wird sich die Studierendenzahl von 2 Millionen auf 2,5 Millionen erhöhen und dann auf hohem Niveau verharren. Grundlage der Prognose ist der jetzige Anteil eines Altersjahrganges, der ein Studium beginnt. Er beträgt aktuell 35%. Deutschland ist allerdings Schlusslicht im internationalen OECD-Vergleich. Wir müssen deshalb unsere Bildungsbeteiligung erhöhen, um international mithalten zu können.

Die Zugangsmöglichkeiten zu unseren Hochschulen müssen durch eine Verbesserung der Bildungsbeteiligung für mehr Menschen aus allen Kreisen der Bevölkerung erweitert werden. Hierfür setzt sich die SPD mit ihren bildungspolitischen Reformvorschlägen von der frühkindlichen Erziehung bis zur Sekundarstufe II ein.

Es dürfen durch Studiengebühren keine neuen Barrieren vor den Toren der Hochschulen errichtet werden. Sie zementieren die bisherigen Bildungsprivilegien, die in einer Wissensgesellschaft mehr denn je über Teilhabe- und Lebenschancen entscheiden. Wir sprechen uns eindeutig **gegen Studiengebühren** für das Erststudium (Bachelor und Master) aus und werden alle Möglichkeiten ausschöpfen, nach dem Regierungswechsel 2008 die Studiengebühren sofort wieder abzuschaffen.

Es geht aber auch um die Öffnung der Hochschule für beruflich Qualifizierte. Nur wenn es uns gelingt, die Bildungsinstitutionen durchlässig zu gestalten, erhalten die Sonntagsreden vom lebenslangen Lernen Substanz. Die Modularisierung der Studiengänge bietet dafür gute Voraussetzungen.

### **Wir wollen mehr Eigenverantwortung der Hochschulen - auch als Demokratiegewinn**

Wir wollen den Hochschulen Freiheiten zur Gestaltung ihrer inneren Organisation und Profilbildung in Lehre und Forschung geben. Die Stärkung der Hochschulautonomie entlässt den Staat aber nicht aus seiner Verantwortung für die Hochschulen. Das betrifft nicht nur deren öffentliche Finanzierung, sondern auch die Gestaltung der Mitbestimmung an Hochschulen. Die SPD bekennt sich zur **Gruppenuniversität**, die sich bewährt hat und erhalten bleiben muss.

Zu den guten demokratischen Traditionen unserer Hochschulen gehört auch die Verfasste Studierendenschaft (VS) als Element demokratischer Selbstverwaltung, einschließlich des politischen Mandats, sie muss in voller Gänze erhalten bleiben und maximal ausgebaut werden. Wir bekennen uns klar zum **allgemeinpolitischen Mandat für die VS**.

Leitlinie weiterer Reformen ist die Erweiterung der äußeren Autonomie der Hochschulen nach innen zu verlängern. Beteiligungs- und Entscheidungsrechte aller Hochschulangehörigen müssen gestärkt werden. Autonomie ist für Sozialdemokraten kein Selbstzweck, sie verbindet sich mit Demokratiegewinn nach innen. Das sozialdemokratische **Autonomiekonzept** unter-

2026 scheidet sich damit vom Autonomiebegriff, der nur auf die Abwesenheit von  
 2027 staatlicher Einflussnahme abzielt.

2028  
 2029 **▪ Wir wollen den Emanzipationsanspruch von Wissenschaft fort-**  
 2030 **entwickeln**

2031 Hochschulen dienen nicht nur der Produktion von Wissen und zum Decken  
 2032 der Arbeitsmarktnachfrage. Sie sind Orte der Orientierung und erfüllen einen  
 2033 Bildungsauftrag. Das der ersten Bildungsreform zu Grunde liegende Leitziel,  
 2034 „die Erziehung eines kritischen, urteilsfähigen Bürgers, der im Stande ist,  
 2035 durch einen permanenten Lernprozess die Bedingungen seiner sozialen  
 2036 Existenz zu erkennen und sich ihnen entsprechend zu verhalten“ (Willy  
 2037 Brandt, 1969) hat für uns bis heute an Bedeutung nicht verloren. Nicht nur  
 2038 ökonomisches Gewinnstreben, sondern auch wissenschaftliche Erkenntnis  
 2039 und Bildung sind Zweck von Hochschulen. Wir werden deshalb den emanzi-  
 2040 patorischen Anspruch von Bildung und Wissenschaft gegen einseitige wirt-  
 2041 schaftliche Partialinteressen verteidigen. Der Anspruch muss begriffen wer-  
 2042 den als Befähigung zur gesellschaftlichen Mitwirkung und Veränderung.

2043  
 2044 **9.1 Herausforderungen für den Hochschul- und Wissenschaftsstandort**  
 2045 **Niedersachsen – unsere Antworten**

2046  
 2047 **In Wissenschaft investieren, den Ausbau von Hochschulen vorantrei-**  
 2048 **ben**

2049 Investitionen in die Wissenschaft kommen nicht nur den Hochschulen zuge-  
 2050 te, sondern dem ganzen Land. An den Hochschulen werden die dringend  
 2051 benötigten hoch qualifizierten Arbeitskräfte von morgen ausgebildet. Hoch-  
 2052 schulen legen die Grundlagen für neue Verfahren und Produkte und sorgen  
 2053 für einen schnellen Transfer neuen Wissens in die Wirtschaft, sie vermitteln  
 2054 uns neue Erkenntnisse, sie können uns Hilfestellungen geben, die gesell-  
 2055 schaftlichen Fortschritt ermöglichen und sie sind Zentren der internationalen  
 2056 Verständigung.

2057 Wir wollen in Niedersachsen die Potenziale unserer Hochschulen nutzen,  
 2058 die Qualifikationsstruktur der Beschäftigten verbessern und mehr junge  
 2059 Menschen als bisher motivieren, ein Studium zu beginnen. Voraussetzung  
 2060 dafür ist der Stopp der beispiellosen Vernichtung von Studienplätzen durch  
 2061 die CDU-Landesregierung und der Ausbau der Hochschulen. Die Finanzver-  
 2062 antwortung des Staates für die Hochschulen soll so realisiert werden, dass  
 2063 für die Hochschulen kalkulierbare Anreize zum Ausbau attraktiver Studien-  
 2064 plätze und qualitativ hochwertiger Lehre entstehen.

2065  
 2066 **Fachhochschulen als Motoren regionaler Strukturpolitik fördern**

2067 Die Geschichte der Fachhochschulen in Niedersachsen ist seit ihrer Grün-  
 2068 dung Anfang der 70er Jahre eine Erfolgsgeschichte. Mit der Umsetzung des  
 2069 ersten Fachhochschulentwicklungsprogramms (FEP) sind von 1991 bis 1998  
 2070 durch die SPD-Landesregierung 6.650 zusätzliche Studienplätze geschaffen  
 2071 und Standorte ausgebaut worden. Unsere Fachhochschulen bieten den Stu-  
 2072 dierenden eine praxisbezogene Ausbildung und sind gleichzeitig Motor für  
 2073 Wachstum und Beschäftigung in den Regionen. Als wichtige und anerkannte  
 2074 Partner für die Wirtschaft unterstützen sie vor allem klein- und mittelständi-  
 2075 sche Unternehmen, die über keine eigenen Forschungskapazitäten verfügen  
 2076 und nur mit Hilfe eines wissenschaftlichen Kooperationspartners Innovatio-

2077 nen entwickeln können. Damit die Fachhochschulen auch in Zukunft ihre  
 2078 wichtige Rolle als Impulsgeber für die wirtschaftliche Entwicklung in den Re-  
 2079 gionen ausüben können, muss das regional ausgewogene Angebot erhalten  
 2080 und ausgebaut werden.

2081

### 2082 **Die Studienfinanzierung reformieren**

2083 Zu einer guten Ausbildung der Studierenden gehört auch eine ausreichende  
 2084 Studienfinanzierung. Diesem Anspruch wird das BAföG nur noch unzurei-  
 2085 chend gerecht. Deshalb setzen wir uns für eine grundlegende Reform der  
 2086 Ausbildungsförderung ein, in dem es eine vom Einkommen der Eltern unab-  
 2087 hängige Grundfinanzierung gibt und einer dann vom eigenen Einkommen  
 2088 abhängigen Aufbauförderung. Die staatliche Ausbildungsförderung dient der  
 2089 Sicherung des Lebensunterhalts des Studierenden, nicht der Finanzierung  
 2090 von Studiengebühren.

2091

### 2092 **Autonomie der Hochschulen stärken**

2093 Unsere Hochschulen brauchen mehr Autonomie, um eigene Profile in Lehre  
 2094 und Forschung herauszubilden und sich besser im nationalen und internati-  
 2095 onalen Wettbewerb zu behaupten. Wir werden an dem Reformgesetz der  
 2096 letzten SPD-Landesregierung anknüpfen und den Weg zu mehr Hochschul-  
 2097 autonomie fortentwickeln. Wir werden die Gruppenuniversität stärken.

2098 Zur Sicherung größerer Gestaltungsspielräume für Hochschulen gehört auch  
 2099 die Modernisierung des Dienst- und Besoldungsrechts. Wir wollen an der  
 2100 2002 begonnenen Reform anknüpfen und Professuren grundsätzlich nur  
 2101 noch im Angestelltenverhältnis führen. Darüber hinaus soll die Juniorprofes-  
 2102 sur als erfolgreicher Weg der Nachwuchsförderung gestärkt werden. Ein  
 2103 weiterer Reformschritt ist der Abschluss eines Wissenschaftstarifvertrages,  
 2104 der auch die studentischen Hilfskräfte einschließen soll.

2105

### 2106 **Zugang zu Hochschulen auch für Berufstätige**

2107 Sowohl im Interesse der Gewährung von Bildungschancen, als auch im  
 2108 Interesse von Wirtschaft dürfen keine Bildungssackgassen für Absolventen  
 2109 der dualen oder schulischen Berufsausbildung entstehen. Wir wollen des-  
 2110 halb die Durchlässigkeit zwischen Berufsausbildung und beruflicher Fort-  
 2111 und Weiterbildung an Hochschulen stärken. Um dieses Ziel zu erreichen,  
 2112 muss der Hochschulzugang für qualifizierte Berufstätige weiter geöffnet und  
 2113 im Beruf erworbene Kompetenzen durch die Entwicklung von Leistungs-  
 2114 punktsystemen für das Studium angerechnet werden.

2115

### 2116 **Bildungsprovinzialismus überwinden – Grenzen überschreiten**

2117 Das Schicksal der Exzellenzinitiative zeigt ebenso wie die Studiengebühren-  
 2118 gesetze einiger CDU-Länder, dass der Föderalismus eher Hemmschuh als  
 2119 Ansporn für die Entwicklung der Hochschulen ist.

2120 Nimmt man die Entwicklung des europäischen Hochschulraumes ernst und  
 2121 will die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Hochschulen verbess-  
 2122 ern, so ist mehr Bundeskompetenz das Gebot der Stunde. Für niedersäch-  
 2123 sische Hochschulen bedeutet der Übergang der Finanzierung des Hoch-  
 2124 schulbaus in die alleinige Zuständigkeit der Länder eine Schwächung. Der  
 2125 Wissenschaftsstandort Niedersachsen wird insgesamt geschwächt. Bil-  
 2126 dungspolitischem Provinzialismus wird Tür und Tor geöffnet, notwendige Re-  
 2127 formen werden nicht auf den Weg gebracht. Deshalb lehnen wir Kleinstaate-

2128 rei in der Bildungs- und Wissenschaftspolitik ab und werden uns für mehr  
2129 Bundes- und Europakompetenzen in der Wissenschafts- und Forschungs-  
2130 politik einsetzen.

2131

2132 **In die Zukunft investieren**

2133 Zur Bewältigung der Herausforderungen werden wir im Haushalt konsequent  
2134 umsteuern: weg von Vergangenheitssubventionen hin zu Zukunftsinvestitio-  
2135 nen. Die SPD hat mit der Streichung der Eigenheimzulage zu Gunsten der  
2136 Bildung ein richtiges Signal gesetzt. Das wird aber nicht ausreichen, weitere  
2137 Anstrengungen sind notwendig. Für uns ist eine zusätzliche Besteuerung  
2138 hoher Einkommen und Vermögen zu Gunsten von Bildung, Wissenschaft  
2139 und Forschung daher eine notwendige Maßnahme, um für den Weg in eine  
2140 Wissensgesellschaft gewappnet zu sein.

## 10. Erwachsenen- und Weiterbildung

Die SPD wird die Institutionen der Erwachsenenbildung darin unterstützen, sich auf veränderte gesellschaftliche Anforderungen einzustellen. Sie sollen ihre Leistungsfähigkeit erhalten, den Umbau sozialverträglich gestalten und gesellschaftliche Ressourcen optimiert nutzen können. Unsere Ziele dabei sind:

- Die Erwachsenenbildung muss anerkannter und akzeptierter Bestandteil einer Gesamtkonzeption verlässlicher öffentlicher Bildungsstrukturen werden. Das Land muss sich weiter für die Erwachsenenbildung verantwortlich zeigen und entsprechende Strukturen bereitstellen.
- Um eine Neuorientierung öffentlicher Erwachsenenbildung entsprechend der veränderten gesellschaftlichen Anforderungen in die Wege zu leiten, muss das Land den Dialog mit den Einrichtungen suchen und Anstöße geben, damit der gesellschaftlich steigenden Nachfrage nach kompensatorischer und fördernder Bildung mehr Raum geben wird.
- Die Erwachsenenbildung soll vor dem Hintergrund verstärkter Modularisierung in allen Bildungsgängen durch eigene Angebote in diesem System eine besondere, ergänzende Rolle spielen. Dies gilt insbesondere für Angebote von Modulen, die mit „Credit Points“ im Rahmen des internationalen ECTS-Systems anerkannt sind. Hier kann die Erwachsenen- und Weiterbildung einen besonderen Stellenwert erlangen.
- Die Erwachsenenbildung muss mit Berufsbildenden Schulen zusammenarbeiten, dort vorhandene Ressourcen nutzen und mit gemeinsamen Angeboten Qualifikationsmöglichkeiten in der beruflichen Weiterbildung entwickeln. Dies gilt auch für die Zusammenarbeit mit den Hochschulen.
- Das Land garantiert, dass das System öffentlicher Weiterbildungsstruktur erhalten bleibt. Dabei muss geklärt werden, welche Formen der Förderungen im System zukünftig zentral sein sollen: institutionelle Förderung oder Teilnehmer/-innenförderung oder eine Mischform aus beiden. Es müssen Kriterien entwickelt werden, welche Quantitäten mit welchen Qualitäten erwartet werden und wie diese gesichert werden können.
- Auch das Zusammenspiel zwischen öffentlich anerkannter und geförderter Erwachsenen- und Weiterbildung und privater Anbieter von Weiterbildung ist zu klären.

### 10.1 Notwendige Veränderung im System der Erwachsenenbildung

Das Prinzip „Alle machen alles“ kann für das System niedersächsischer Erwachsenenbildung nicht mehr konstitutiv sein. Es muss eine stärkere Konzentration der Fördermittel auf die Bildungsinhalte erfolgen, die von zentraler öffentlicher Bedeutung sind, damit deren Vermittlung gesichert werden kann. Die drei Säulen der Erwachsenenbildung sollen erhalten bleiben, ihre quantitative Gewichtung und ihre Aufgabenstellungen sollten jedoch kritisch überprüft und zeitgemäß gewichtet werden. Die Förderung soll sich perspektivisch wesentlich auf die zu vermittelnde gesellschaftlich notwendige Bildung konzentrieren.

Gefördert werden müssen zukünftig verstärkt Inhalte, die als gemeinwohlorientiert angesehen werden und die unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten der potenziellen Zielgruppen gefördert werden sollen. Dazu gehört aber auch die Förderung potenzieller Zielgruppen, deren persönliche finanzielle Möglichkeiten zur Bildungsteilnahme an kostenpflichtigen Angeboten

2192 der Erwachsenenbildung nicht ausreichen. Wenn das Recht auf Bildung für  
 2193 alle optimaler gesichert werden soll, dann muss für diese Gruppe eine För-  
 2194 derung erfolgen. Das bedeutet ein weg von der Förderung von Einrichtungen  
 2195 und hin zur Förderung spezifischer Teilnehmerinnen- und Teilnehmergrup-  
 2196 pen. Die jeweiligen Anteile bei dieser Förderung müssen ausgehandelt wer-  
 2197 den.

2198

2199

## **10.2 Anforderungen an die niedersächsische Erwachsenenbildung:**

2200

### **▪ Anforderungen an die kommunalen Einrichtungen**

2201

1. Die kommunale Erwachsenenbildung muss durch Fusionen, Kooperatio-  
 2202 nen und Netzwerke ihre Qualität weiter verbessern. Dabei muss sicher-  
 2203 gestellt werden, dass sich alle kommunal Verantwortlichen ausreichend  
 2204 am Aufbau, Ausbau, Erhalt und an der Sicherung ihrer Einrichtungen  
 2205 beteiligen.

2206

2. Die kommunalen Gebietskörperschaften haben dafür Sorge zu tragen,  
 2207 dass die unterschiedlichen Erwachsenenbildungsangebote – sowohl die der  
 2208 örtlichen vorhandenen Angebote der anerkannten Erwachsenenbildung  
 2209 wie auch die der privaten Weiterbildungseinrichtungen – erfasst und den  
 2210 potenziellen Zielgruppen (z. B. als Broschüre, als Internet-Datenbank)  
 2211 zur Verfügung gestellt werden. Regionale Informationssysteme müssen  
 2212 eingerichtet werden, um die Weiterbildungsstruktur aufzuzeigen.

2213

3. Solche Netzwerke können verhindern, dass Angebote ausfallen, weil bei  
 2214 den einzelnen Trägern nicht hinreichend Teilnehmer/-innen vorhanden  
 2215 sind. Hier soll auch die Zusammenarbeit mit Wohlfahrtsverbänden ge-  
 2216 sucht werden.

2217

2218

### **▪ Anforderungen an die Heimvolkshochschulen**

2219

1. Für die zukünftige Struktur der niedersächsischen Heimvolkshochschulen  
 2220 muss zunächst gemeinsam geklärt werden, welchen Stellenwert Inter-  
 2221 natseinrichtungen in einem zukünftigen Gesamtkonzept niedersächsi-  
 2222 scher Erwachsenenbildung haben. Dazu gehören die Fragen: Entspricht  
 2223 der jetzige Ausbaugrad dem zukünftigen institutionellen Bedarf? - Welche  
 2224 Bildungsinhalte, welche Zielgruppen benötigen Internate? - Wie stellt sich  
 2225 die öffentlich geförderte Heimvolkshochschullandschaft im Vergleich zum  
 2226 Angebot im privatwirtschaftlichen Sektor des Hotel- und Gastgewerbes  
 2227 auf? - Besteht gesellschaftlicher Bedarf an der derzeitigen Zahl von  
 2228 Heimvolkshochschulen angesichts veränderter Lern- und Lebens-  
 2229 gewohnheiten der Menschen?

2230

2. Mit Hilfe des Landes sollte der Bereich der Heimvolkshochschulen bis  
 2231 2013 so aufgestellt werden, dass er den sich ändernden Anforderungen  
 2232 an diese Form der Erwachsenenbildung gerecht werden kann.

2233

2234

### **▪ Anforderungen an die Landeseinrichtungen**

2235

1. Es muss geklärt werden, welche spezifischen und ergänzenden Aufga-  
 2236 ben zukünftig Landeseinrichtungen angesichts eines flächendeckend  
 2237 ausgebauten kommunalen Weiterbildungsnetzes haben können.

2238

2. Die Träger dieser Einrichtungen müssen sich zukünftig stärker an der Fi-  
 2239 nanzierung dieser Aufgaben beteiligen.

2239

3. Es muss mit Hilfe des Landes in den verschiedenen Bereichen zu einer  
 2240 engeren Zusammenarbeit aller Einrichtungen kommen, ggf. auch zu Fu-  
 2241 sionen, um Mittel und Ressourcen optimaler einsetzen zu können.

2240

2241

2242

2243  
2244  
2245  
2246  
2247  
2248  
2249  
2250  
2251  
2252  
2253  
2254  
2255  
2256  
2257  
2258  
2259  
2260  
2261  
2262  
2263  
2264  
2265  
2266  
2267  
2268  
2269  
2270  
2271  
2272  
2273  
2274  
2275  
2276  
2277  
2278  
2279  
2280  
2281  
2282  
2283  
2284  
2285  
2286  
2287  
2288  
2289

## **11. Seniorinnen- und Seniorenbildung**

Die SPD in Niedersachsen macht sich stark für einen Ausbau der Seniorinnen- und Seniorenbildung. Mit der höheren Lebenserwartung ergeben sich neue Möglichkeiten zur persönlichen Entfaltung, zum sozialen Engagement und zur gesellschaftlichen Partizipation. Das Recht auf Teilhabe am lebenslangen Lernen muss gesichert werden.

Die Bedeutung der Seniorenbildung nimmt in dem Maße zu, wie der Anteil der aktiven älteren Menschen in der Gesellschaft wächst. Die Angebote der Seniorinnen- und Seniorenbildung müssen stärker auf die Mitwirkungsmöglichkeiten der Gesellschaft zielen, um das Erfahrungspotenzial und die Bereitschaft zu ehrenamtlicher, am Gemeinwohl orientierter Betätigung zu nutzen. Hierzu müssen entsprechende Strukturen bereitgestellt werden, die die Vermittlung von Angeboten organisieren und erforderliche Fortbildungsmaßnahmen für eine „zweite Karriere im Alter“ ermöglichen. Eine Einbindung in die Erwachsenen- und Weiterbildung ist die sinnvollste und erfolgreichste Organisationsform.

Seniorinnen- und Seniorenbildung muss „vor Ort“ stattfinden. Kommunale Weiterbildungseinrichtungen bieten durch ihre Nähe zu Wohnquartieren die günstigsten Voraussetzungen. Angebote in Seniorenheimen gehören dabei genauso dazu wie Bildungsmöglichkeiten in Gemeindezentren, Bürgerhäusern und Einrichtungen der Wohlfahrtspflege. Eine intensive Zusammenarbeit der Erwachsenenbildungseinrichtungen mit den Einrichtungen der Wohlfahrtspflege ist daher im hohen Maß gefordert. Es muss aber auch die Unterstützung selbstorganisierter Lernprozesse erfolgen. Hier können professionelle Erwachsenenbildungseinrichtungen Hilfestellung geben.

Auch über kommunale Einrichtungen wie Seniorinnen- und Seniorenbüros oder andere Formen der Seniorinnen- und Seniorenvertretung können Hilfestellungen und Angebote stattfinden. Vor dem Hintergrund der individuellen Biografien der älteren Menschen kann auch der Rollenwechsel vom Lerner zum Lehrer gerade in selbstorganisierten Lernformen sehr gut funktionieren.

Die in der Verantwortung der Unternehmen organisierte, innerbetriebliche Fortbildung darf ältere Beschäftigte nicht mehr ausgrenzen, wenn das Postulat des lebenslangen Lernens gelten soll. Sie muss darauf abzielen, deren Erfahrungen und Kompetenzen in gemischten Teams sinnvoll einzusetzen. Altersdiskriminierung in der Erwachsenenbildung darf nicht länger legal sein und Frühverrentung ist der falsche Ansatz.

Ein wichtiger Bereich wird die Förderung ausländischer, nicht hinreichend oder gar nicht deutsch sprechender Seniorinnen und Senioren sein. Hier sind Angebote zur realisieren, die verhindern, dass diese Menschen durch nichtvorhandene Sprachfähigkeit im Alter gesellschaftlich isoliert bleiben oder werden.

## 12. Bildungsschema

### Übersicht

### Die frühkindliche Bildung und das allgemeinbildende Schulsystem in Niedersachsen

		<u>Schuljahr</u>
<b><u>OBERSTUFE</u></b> - Gymnasium oder an der Gemeinsamen Schule für alle		12
		11
<b>Brückenjahr</b> (polytechnisch, oberstufenvorbereitend, Auslands-/Praktikumserfahrungen etc.)	<b>Förder- schule / Lern- gruppen</b> (in der Gemein- samen Schule) für Kinder mit Behin- derungen	10
<b>Weiter bestehen von Haupt-, Realschule und Gymnasium</b>		9
<b><u>GEMEINSAME SCHULE</u></b>		8
		7
		6
<b><u>GRUNDSCHULE</u></b> - Öffnung für Kitas, Horte, andere Schulen, Kirchen u.a.m.		4
		3
<b>Flexible Eingangsstufe der Grundschule</b> - umfasst die Klassen 1 und 2 und auf Wunsch der Eltern das letzte Kita-Jahr als Klasse 0		2
		1
		0
<b><u>Familien- zentrum</u></b> - Förderplan - Integrierende Gruppen - starke Elternarbeit - Sprachförderung der Kinder - Vernetzung mit sozialen Diensten	<b><u>Kindertagesstätte</u></b> - Ggf. flexible Eingangsstufe zur GS - Förderplan für jedes Kind - Integrierende Gruppen - Elternarbeit - Sprachförderung der Kinder - Gesundheitsvorsorge	<b>Tages- mütter</b>
	<b><u>Kinderkrippe</u></b> (möglichst Teil der Kita) <b><u>Krabbel- gruppe</u></b> - kooperieren mit den Kitas	

Schwangerschaft

Beratung der Mutter/Eltern durch **Hebammen-Programm** (Gesundheit Mutter/Kind, Erziehung etc.)

## **13. Mitglieder der Projektgruppe**

### **13.1 Benannte Mitglieder:**

<b><u>Name:</u></b>	<b><u>Entsendendes Organ</u></b>
Wolfgang Wulf, MdL (Leiter der Projektgruppe)	Landesvorstand
Wolfgang Abicht	Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK)
Thomas Bräutigam	SPD-Bezirk Weser-Ems
Heidrun Burfeind (seit März 2005)	Arbeitsgemeinschaft sozial- demokratischer Frauen (AsF)
Jannine Hamilton	Jungsozialisten in der SPD (Jusos)
Annegret Ihbe (seit Dezember 2004 für Ulrich Leidecker)	SPD-Bezirk Braunschweig
Birgit Johannßen	SPD-Bezirk Nord-Niedersachsen
Renate Jürgens-Pieper	SPD-Bezirk Braunschweig
Jutta Liebetruth	SPD-Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)
Ulrich Mittelstädt	SPD-Bezirk Weser-Ems
Elke Schnakenberg	SPD Bezirk Nord-Niedersachsen
Thilo Scholz (seit November 2004 für Doris Lemmermöhle)	SPD-Bezirk Hannover
Elke Tonne-Jork	SPD-Bezirk Hannover

### **13.2 Kooptierte Mitglieder:**

Gabriele Andretta, MdL	SPD-Landtagsfraktion
Ingrid Eckel, MdL	SPD-Landtagsfraktion
Wolfgang Jüttner, MdL	SPD-Landtagsfraktion
Hartwig Kemmerer	GF. Volkshochschule Hildesheim
Walter Meinhold, MdL	SPD-Landtagsfraktion
Alexander Meyer zum Felde	Landesschülerinnen/-schülerrat
Claus Peter Poppe, MdL	SPD-Landtagsfraktion
Sigrid Rakow, MdL	SPD-Landtagsfraktion
Ulf Riebau	Stadtelternrat Oldenburg
Rudolf Robbert, MdL	SPD-Landtagsfraktion
Silva Seeler, MdL	SPD-Landtagsfraktion

Jacques Voigtländer, MdL  
 Frank Wilhelmy  
 Ute Wormland

SPD-Landtagsfraktion  
 GF. SPD-LV Niedersachsen  
 Parlamentarische Referentin der  
 SPD-Landtagsfraktion

### 13.3 Weitere Mitwirkende:

Viele SPD-Mitglieder und Sympathisanten haben mit großem Engagement an der Erstellung dieses Textes mitgewirkt, Zuarbeit geleistet, Anregungen und Hinweise gegeben. Nachstehend sind einige aufgeführt, wir haben aber sicher noch viele vergessen. Allen, die an der Erstellung dieses Papiers mitgewirkt haben, danken wir ganz herzlich.

Albers, Michael, MdL  
 Albrecht, Dieter  
 Ambrosy, Sven  
 Barthels, Angelika  
 Bechstedt, Dörte  
 Bittner-Wolff, Ulrike  
 Borchard, Christiane  
 Borngräber, Ralf  
 Bruer, Klaus  
 Buchholz, Günter  
 Dahlke, Michael  
 Dahlke, Waltraud  
 Eger, Frank  
 Emmerich-Kopatsch, Petra, MdL  
 Erb, Hartwig  
 Fischer, Wilfried  
 Flitta, Jochen  
 Florysiak, Kai  
 Freitag, Ursula  
 Galas, Dieter  
 Gerhardt, Florian  
 Grimm, Klaus  
 Groskurt, Ulla, MdL  
 Hanenkamp, Erika  
 Harms, Jens  
 Hartmann, Sabine  
 Hartmann, Swantje  
 Heiligenstadt, Frauke, MdL  
 Hemme, Marie Luise, MdL  
 Hesse, Jürgen  
 Hinners, Anja  
 Husmann, Udo  
 Jagau, Hauke  
 Jonczyk, Burkhard  
 Kastner, Herbert

Kästner, Kathleen  
 Klingbeil, Lars  
 Leidecker, Ulrich  
 Lemmermöhle, Doris  
 Lesemann, Silke  
 Marks, Caren, MdB  
 Maschmeyer-Pühl, Frauke  
 Menger, Robert  
 Merkel, Birgit  
 Mewes, Volker  
 Meyer, Helmut  
 Ott, Margarete  
 Pauling, Thomas  
 Reckmann, Christiane  
 Rosenthal, Hasso  
 Schabig, Heike  
 Schilling, Jörg  
 Schley, Cornelius  
 Schmidt, Johannes  
 Schulz, Hartmut  
 Schulz, Peter  
 Schulze-Iben, Dagmar  
 Schwake, Ruth  
 Schwartz, Wilhelm  
 Seelberg, Daniela  
 Siemens, Werner  
 Sonnenwald, Christian  
 Stange, Elke  
 Stiller, Joachim  
 Stockmann, Ute  
 von Bargaen, Petra  
 von Saldern, Matthias  
 Voßmerbäumer, Anne  
 Wachtel, Christel  
 Wiesner-Brammer, Renate